



# Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Mehr Wissen und mehr Recht: Koordinaten einer zukünftigen  
Erinnerungskultur. Eine Replik auf Harald Welzer  
*Habbo Knoch*
- 12 Tora und Textilien. Jüdisches Leben im Wuppertal, in Berg  
und Mark. Eine neue Dauerausstellung in der Begegnungsstätte  
Alte Synagoge Wuppertal  
*Ulrike Schrader*
- 18 Das KZ-Außenlager Barth  
*Natalja Jeske*
- 30 »Wie kann man die Erinnerung an die Deportation weitergeben?«  
Das Beispiel der Gruppe der Zweiten Generation  
in Langenstein-Zwieberge  
*Henning Fauser*
- 37 Wulff Eberhard Brebeck (1946–2011)  
*Angela Genger*
- 40 Veranstaltungshinweise
- 44 Literaturhinweise
- 46 Stellenanzeige

Titelfoto: Ausschnitt aus der Installation Freiheitsstatue als Eyecatcher zum  
Thema »Amerikanische Unabhängigkeitserklärung« in der neuen Dauerausstellung  
in der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal. Siehe auch Beitrag von Ulrike  
Schrader in diesem Heft. Foto: Andrea Hold-Ferneck.

# Mehr Wissen und mehr Recht: Koordinaten einer zukünftigen Erinnerungskultur

EINE REPLIK AUF HARALD WELZER

*Habbo Knoch*

Im letzten GedenkstättenRundbrief hat Harald Welzer für eine »Transformation« und »Wende« der Erinnerungskultur sowie für eine entsprechende »Programmatik« plädiert.<sup>1</sup> An die Stelle einer von ihm ausgemachten Ritualisierung, »artifiziiellen Betroffenheit« und »fiktiven Identifikation mit Opfern« sollen Gegenwartsorientierung, Erlebnischarakter der Vermittlung und die Auseinandersetzung mit der deutschen »Ausgangsgesellschaft« treten. »Eine Neuaufarbeitung der erinnerungskulturellen Arbeit«, so Welzer, »kann die nationalsozialistischen Verbrechen und den Holocaust als das Gesellschaftsverbrechen nicht museal ins Zentrum stellen, sondern muss vermehrt Gegenwartsbezüge thematisieren, um ein emanzipatorisches Geschichtsbewusstsein entstehen zu lassen (...).« Thematisch solle statt des »monumentalisierten Grauens der Vernichtungslager« das »unspektakulärere, alltäglichere Bild einer Gesellschaft, die zunehmend verbrecherisch wird«, in den Fokus der Auseinandersetzung gerückt werden.

Übersetzt heißt das: Die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen werden in programmatischer Absicht aus dem Zentrum der Erinnerungskultur entfernt. An ihre Stelle tritt die deutsche Gesellschaft im Nationalsozialismus. Aufgaben der Erinnerungskultur werden an ihrem Gegenwartsbezug gemessen. Das Gedenken an die Opfer rückt demgegenüber an den Rand, wenn es überhaupt noch einen Ort hat; die historischen Orte ihrer Verfolgung und ihres Leidens werden durch Lernorte für zivilgesellschaftliche Verhaltensreserven ersetzt: Demokratiecamps statt Gedenkstätten?

Folie für Welzers Ansatz ist eine pauschale Kritik an der gegenwärtigen Erinnerungskultur. Er sieht sie als »museal und identifikatorisch«, als erstarrt, durch »Pathosformeln« geprägt und »abgestanden« an. In den Begriffen nicht neu, scheint die Verdichtung dieser Kritik ein Zeitphänomen zu sein: Auch Ulrike Jureit und Christian Schneider haben eine Identifizierung mit den Opfern als Aufarbeitungsneurose der deutschen Erinnerungskultur unter dem Eindruck der »68er« diagnostiziert.<sup>2</sup> Beiderlei Kritik qualifiziert sich zugleich, indem sie nicht ein bloßes »Zuviel« an Erinnerung in den Raum stellt oder, wie der Althistoriker Christian Meier, das Vergessen als Therapeutikum verschreibt.<sup>3</sup> Welzers Beitrag gehört zu einem generationellen Ablösungsprozess, der Bestandteil einer notwendigen diskursiven und pluralen Auseinandersetzung über die Zukunft der Erinnerung ist. Das bundesrepublikanische Aufklärungsmilieu verabschiedet sich zusammen mit den Überlebenden als Erfahrungszeugen aus der aktiven Erinnerungsarbeit. Damit eröffnen sich Deutungsräume und Legitimationsfragen.

Gewiss: Es gibt Anlässe und Gründe genug, Konzepte und Praktiken der Erinnerungskultur nicht zuletzt in den Gedenkstätten (selbst-)kritisch zu beleuchten und, gerade im Bereich der Vermittlung, nach zukunftsfähigen Formen und Fragestellungen zu suchen. Welzer hat recht damit, dass Gedenkstätten sich selbst delegitimieren und im schlechten Sinne »musealisieren« würden, wenn sie den Bezug zu Gegenwart und Öffentlichkeit nicht aktiv suchen und beanspruchen, diese mitzugestalten. Nicht ob

die so viel postulierte »Gegenwartsorientierung« sinnvoll ist, muss diskutiert werden, sondern wie sie im Kontext der breiten Aufgaben von Gedenkstätten, ihrer Standards und ihrer besonderen Möglichkeiten aussehen kann.

### **Historisches Lernen an dezentralen Orten**

In den Gedenkstätten selbst ist die Einsicht in deren Möglichkeiten und Grenzen noch am ehesten vorhanden: Katharsis und Imprägnierung erwartet dort kaum (noch) jemand. Welzer ignoriert, dass gerade deshalb seit etwa einem Jahrzehnt eine offene Diskussion in den Gedenkstätten und ihrem Umfeld im Gang ist, die sich reflexiv zum Gegenstand der historischen Orte und der bisherigen Vermittlungsbemühungen verhält, nach Themen und Gegenwartsbezügen fragt sowie sich schon seit langem von der so oft von Kritikern postulierten »Betroffenheitspädagogik« distanziert. Nur lässt sich Veränderung nicht als Modernisierungsprogramm planwirtschaftlich durchsetzen.

Erinnerungskultur ist bereits dort – zumindest in Teilen, und vor allem, wenn es die Bedingungen zulassen – schon reflexiv, wo Welzer gar nicht erst hinsieht. Seit nunmehr fast zwanzig Jahren hat sich sukzessive in den Gedenkstätten, in vielen Ausstellungen und zivilgesellschaftlichen Projekten eine historisch-kritische Orientierung an Dokumenten und Zeugnissen etabliert, die in den Details, der Vielfalt und den Widersprüchen des Überlieferten gerade den Ausgangspunkt eines historischen Lernens auf kognitiver Ebene sieht. Vor diesem Hintergrund hat Volkhard Knigge die Gedenkstätten von seiner »rettenden Kritik« an der Erinnerungskultur ausgenommen und vom »öffentlichen Diskurs« unterschieden. Dort werde Erinnerung »zunehmend als moralisch aufgeladene, eher diffuse Pathosformel gebraucht«, als sei sie »bereits der Königsweg zur Bildung von kritischem Geschichtsbewusstsein«. Knigge kritisiert Redundanzen, Klischees und Symbolpolitik, »Gedenkstättenpflichtbesuche« und »scholastisches Demokratielernen«. Ähnliche Begriffe wie bei Welzer, verschiedene Lösungsansätze: Knigge verabschiedet Erinnerung überhaupt als Leitkategorie und lässt ein »reflektiertes Geschichtsbewusstsein für eine Zivilgeschichte der Zukunft« an ihre Stelle treten. Diese gründet in der konkreten Befassung mit der Überlieferung, den Quellen und Überresten, als Grundlage für die Ausbildung historischer Urteilskraft. Erst der Weg durch die und mit der Geschichte führt in die Gegenwart, nicht umgekehrt, und begründet eine »überlieferungsverbundene historische Vorstellungskraft als Voraussetzung konkreter Empathie und uneingeschränkter Mitmenschlichkeit«.<sup>4</sup>

Doch sollte der sich gegenüber Welzers Pauschalisierungen einstellende Verteidigungsreflex nicht übersehen lassen, wie viel in der Reflexion und Professionalisierung von Bildungsangeboten in Gedenkstätten und zeithistorischen Museen zum Nationalsozialismus noch zu tun ist. Formen, Inhalte und Fragestellungen der Vermittlung an den historischen Orten sind weiter zu entwickeln, Nachhaltigkeit und eine Reflexion des Historischen in der Gegenwart anzustreben, die Bildungsketten von Erinnerungsorten, Schulen und anderen Bildungsträgern gerade in der historisch-politischen Bildung zu verbessern, Multiplikatoren sind zu erreichen und zu qualifizieren, die kulturelle Viestimmigkeit der Migrationsgesellschaft ist zu berücksichtigen, zielgruppenorientierte und bildungsadäquate Angebote (accessibility) sind auszubauen. Bei dieser Neuausrichtung ihrer Bildungsarbeit haben Gedenkstätten, aber auch Erinnerungsinitiativen bereits seit einigen Jahren veritable Partner zum Beispiel in Stiftungen, die Akzente im Bereich einer gegenwartsorientierten Menschenrechtsbildung setzen wie die »Stiftung

Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« oder die Antonio-Amadeu-Stiftung. Dies wiederum geschieht vor dem Hintergrund zunehmender zeithistorischer Referenzräume und Kenntnisbedarfe bei gleichzeitig schrumpfenden Wissensständen und fehlender Geschichtsorientierung – so dass oft nicht die Auseinandersetzung um Werte, sondern ein Mangel an elementarem historischen Wissen das eigentliche Problem der Bildungsarbeit in den Gedenkstätten darstellt.

### **Zivilgesellschaftliche Erinnerungskultur als gelebte soziale Praxis**

Bedarf es für die Weiterentwicklung dieser Aufgaben neuer, künstlich geschaffener Orte? Ein wesentliches Kennzeichen gerade der deutschen Erinnerungskultur ist ihre Dynamik aufgrund eines ausgeprägt zivilgesellschaftlichen Charakters. Er ist seit langem mit einer starken Dezentralität verbunden, die historische Orte der Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung zugänglich gemacht hat.<sup>5</sup> Vielen erschließt sich der lokale Charakter von Ausgrenzung, auf den Welzer abzielt, durch biographische Erkundungen vor Ort, im Rahmen von »Stolperstein«-Projekten oder lokalen Spurensuchen. Biographische sind hier immer mit topographischen Zugängen verbunden. Die eigene Gegenwartswelt wird als geschichtlich geprägter Raum wahrgenommen – als in die eigene Gegenwart hineinragender Handlungsraum der nahen Tat also.

Der konkrete Ortsbezug erweist sich als wesentliches didaktisches Mittel, um sich Geschichte anzueignen. Gerade dieser dezentrale, ortsbezogene Charakter der Erinnerungskultur in Deutschland widerspricht dem Gedanken einer allgemeingültigen »Programmatik« für die Erinnerungskultur. Welche Behörde, welcher Träger würde eine solche Programmatik denn auch festlegen? Eine Zentralstelle für Erinnerungskultur, ein bundesgefördertes Institut für zivilgesellschaftliche Moral, die Bundeszentrale für politische Bildung? Und wie wäre dies mit dem eigentlichen Verständnis von Zivilgesellschaft vereinbar, das sich bekanntlich nicht darin erschöpft, Individuen als Lernsubjekte partizipatorisch in Bildungsprozessen zu ermächtigen, sondern von staatsfreien Netzwerken, Diskursen und Handlungszusammenhängen ausgeht, die unter anderem Erinnerung prozesshaft entstehen lassen und als Korrektiv für übergeordnete Programmatiken dienen? Welzers Idee könnte das Ende einer zivilgesellschaftlichen Erinnerungskultur durch das trojanische Pferd eines »bürgergesellschaftlichen Lernorts« mit sich bringen, der durch politische Leitmoral und nicht durch zivilgesellschaftliche Praxis bestimmt wird.

Bürgerschaftliches Engagement hat sich über Jahrzehnte als wesentlicher Antrieb und als notwendiges Korrektiv für erinnerungskulturelle Prozesse bis in die Gegenwart erwiesen. Doch hat es seine Grenzen, wenn es um die Verantwortung für den Unterhalt historischer Bauten und Gelände, wenn es um die dauerhafte Sicherung von Gedenkstätten als Forschungs- und Bildungseinrichtungen geht. Immer deutlicher ergeben sich für einen Kernbestand der erinnerungskulturellen Infrastruktur der Bundesrepublik Mischformen aus staatlicher Förderung oder Trägerschaft, bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Unterstützung, etwa durch fördernde Stiftungen.

Damit stellen sich in der Erinnerungskultur mit ihrer über drei Jahrzehnte gewachsenen kulturellen und politischen Infrastruktur wesentliche Zukunftsfragen: Wie verändern sich gegenwärtig die Formen erinnerungskultureller Praxis und bürgerschaftlicher Partizipation? Welche Aufgaben werden zukünftig bürgerschaftliche Trägermodelle in der Gedenkstättenarbeit haben? Wie verhalten sich staatliche Verantwortung und gesellschaftliche Beteiligung zueinander, und welche Folgen haben staatliche Fördermodelle

und Institutionalisierungen von Gedenkstätten für die Erinnerungskultur? Wie werden Normen und Standards von Gedenkstätten als »memorial museums« diskutiert und (wissenschaftlich) reflektiert? Zivilgesellschaft ist hier mehr als nur Lernziel und Verhaltensorientierung, sondern sollte als gelebte soziale Praxis im Kontext von notwendiger Professionalisierung und staatlicher Verantwortung eingebunden bleiben.

### **Prägnanzbildung als Aufgabe von Gedenkstätten**

Doch auf Akteure oder Strukturen der Erinnerungskultur geht Welzer nicht ein. Welche Rolle Massenmedien, Buchverlage und das Internet für Formenvielfalt und Deutungshorizonte, für den notorischen Übersättigungseffekt und die Kommerzialisierung des Erinnerns spielen, kann kein Konzept zukünftiger Erinnerungskultur ausblenden; bei Welzer tauchen sie nur am Rande auf. Dabei liegen hier sowohl Chancen wie kritisch zu betrachtende Ansatzpunkte eines als emanzipatorisch zu entwickelnden Geschichtsbewusstseins. Reenactment, Living History, Geschichte als Quiz, Dokudramen, auflagenstarke historische Romane, Computerspiele: Geschichte wie Kultur insgesamt werden »zunehmend als Ereignis und als Erlebnis inszeniert und konsumiert«, Massenmedien stellen den »primären Erfahrungshorizont« historischer Orientierung dar.<sup>6</sup> In dieser Gemengelage von Kommerzialisierung, Unterhaltung und Reflexion kommt es auf »Prägnanzbildung« an, die Zuweisung von Bedeutung und Unterscheidung sowie die reflektierte Verknüpfung von Wissensgehalten.<sup>7</sup> Gedenkstätten eignen sich in besonderer Weise für diese Prägnanzbildung, müssen dabei jedoch neben den mitgebrachten Vorstellungshaushalten (»Wo sind die Gaskammern?«) die Suggestionskraft und den Erlebniswert der historischen Orte durch Wissensorientierung und partizipative Aneignung kontrollieren, um dem »Überwältigungsverbot« Rechnung zu tragen.

Welzer erwähnt nur drei Handlungsfelder der von ihm kritisierten Erinnerungskultur: den Schulunterricht, die Projekte der »Spurensuche« und eine »Beschilderung der Republik« mit Erinnerungstafeln. Genauer analysiert werden sie nicht. Gleichwohl weiß Welzer eine gemeinsame Ausrichtung ihrer Arbeit pars pro toto für die Erinnerungskultur feststellen und bewerten zu können: Der »Erkenntniswert des einzelnen Falles« – gemeint sind Verfolgte und Opfer des Nationalsozialismus – gehe »inzwischen gegen Null«. Doch woher weiß er das so bestimmt? Und was meint »inzwischen«, wenn sich in schülergenerationellen Lernprozessen, die immer wieder neu sind, nicht selten gerade individuelle Biographien als didaktisch hilfreicher, weil kognitiv wie emotional tragbarer Zugang erweisen? Das bedeutet keineswegs, diese Praxis nicht ebenfalls kritisch zu hinterfragen. Biographische Zugänge und Lebensgeschichten von Opfern allein gewährleisten in der Tat nicht schon die erforderliche »Prägnanzbildung«.

Welzer leitet aus seinen ebenso vagen wie apodiktischen empirischen Einschätzungen gleichwohl Grundlegendes ab. Die in den letzten Jahrzehnten gewonnene Anerkennung der Opfer lässt er nur noch als »Fundament« gelten. Er argumentiert dabei mit einem funktionalistischen und reduzierten Konzept des Erinnerns, in dem Gedenken, Andenken und Trauer, aber auch Empathie nicht mehr auftauchen. Hier berührt Welzers Kritik einen Kern der gesellschaftlichen Verpflichtung, die in Deutschland an den und mit den historischen Orten als Friedhöfen wahrgenommen wird: die humanitäre Aufgabe und das Vermächtnis der Überlebenden und ihrer Angehörigen, für eine dauerhafte Erinnerung Sorge zu tragen. Ist das »abgestanden«, pathetisch, ritualisiert? Oder eröffnet dies nicht vielmehr unter anderem eine Voraussetzung für eine zentrale Ressource zivil-

gesellschaftlichen Verhaltens, nämlich die Achtung vor dem Anderen, die aus Respekt, Würdigung und Gedenken wächst und sich darin ausdrückt? In den Gedenkstätten selbst sollten die bildende Kraft des Gedenkens, der Bedarf an Ritualen und auch die Sakralität der Friedhöfe nicht unterbewertet werden.

### **Deutungsdebatten bedürfen historischer Forschung**

Wir stehen bekanntlich schon lange an einer Zeitschwelle, in der gefragt wird, wie die Erinnerung »nach den Zeitzeugen« aussehen wird. Welzers Plädoyer beinhaltet die Gefahr einer kulturellen Einverleibung der Überlebenden und ihrer Zeugnisse, wenn diese nur noch als »Fundament«, Baustein oder Ressource für Aufklärungszwecke gesehen werden. Indem die Überlebenden zu »Zeitzeugen« (unter anderem der Bildungsarbeit) gemacht werden, neutralisieren wir ihre moralische Herausforderung an uns und ordnen sie in einen kulturellen Bestand ein, der mehr den eigenen Zwecken demokratischer Selbstbestätigung (»Aufklärungsstolz«) als dem zweckfreien Andenken um der Menschen selbst dienen mag. Gerade durch ihren besonderen Beitrag zu einer Politik der Anerkennung vielfältiger Verfolgtengruppen, die nicht selten bis in die Gegenwart stigmatisiert werden, leisten Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen eine Kernaufgabe der kritischen zivilgesellschaftlichen Selbstverständigung.

Mit seiner Kritik an einer dominanten »Opferidentifikation« in der Erinnerungskultur erscheint Welzers Plädoyer für eine Wende eher wie der Aufruf zu einem Verdrängungswettbewerb. Er fordert »bürgergesellschaftliche Lernorte neuen Typs«, in denen im Rahmen einer sozialen, erlebnisorientierten Erfahrung die Auseinandersetzung mit Handlungsspielräumen, Eskalationsdynamiken und Entscheidungsprozessen der deutschen »Ausgrenzungsgesellschaft« zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Bewusstseins führen soll. Unklar bleibt dabei, ob es sich um einen Lernort handeln soll (und wo dieser sich befindet), ob nur die »Transformation« gegebener Lernorte (wie von Gedenkstätten) unter dem Leitbild dieser »Programmatik« gemeint ist oder ob ein paralleles, dezentrales Netzwerk solcher Lernorte entstehen soll.

Dabei gibt es bereits ein offenkundiges museales Handlungsfeld, in dem die Grundthesen von Welzer vielleicht vorrangig zu diskutieren wären: die große Zahl von Stadt-, Regional- und Heimatmuseen, in denen die lokale NS-Zeit und damit die »Ausgrenzungsgesellschaft« Thema sein könnten, aber meist noch nicht sind. Diese identitätsbildenden Institutionen an Orten, wo die gesellschaftliche Ausgrenzungspraxis konkret wurde, verstehen sich bislang nur zu selten als Orte des Erinnerns daran; gerade diese kritische Aufklärungsarbeit wird nach wie vor eben durch Geschichtsinitiativen oder regionale Gedenkstätten wahrgenommen – als »Spurensuche«. Die Öffnung der lokalen Geschichtskulturen für die von Welzer betonte Perspektive auf den Nationalsozialismus ist so erforderlich wie sie zugleich mehr ein geschichtspolitisches, ein zivilgesellschaftliches Ziel denn ein grundsätzliches didaktisches Problem ist.

Problematisch ist dabei die Koppelung von Welzers grundsätzlicher Intention, Lernorte für zivilgesellschaftliches Verhalten neuen Typs zu schaffen, mit (s)einer metanarrativen historischen Deutung des Nationalsozialismus beziehungsweise der deutschen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 (wobei Welzer sich selbst gegen eine »transtemporale Gültigkeit« von Inhalten ausspricht). Statt das Bild einer »Ausgrenzungsgesellschaft« zu diktieren, sollte doch gerade Ziel der reflektierenden Auseinandersetzung sein, ein eigenes Bild von den historischen Handlungs-, Ereignis- und Wirkungszusammenhän-

gen zu bekommen, gewonnen aus einer Vielfalt an Perspektiven, Dokumenten und Handlungskontexten. Reichen für die Erklärung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik und ihrer Radikalisierung seit 1933 wirklich der »Alltag der Ausgrenzung« und die Beteiligung der deutschen Gesellschaft aus? Wo bleiben dabei andere Herrschafts- und Machtstrukturen im Nationalsozialismus, wie sie sich nicht zuletzt im nationalsozialistischen Lagersystem kristallisiert haben? Wieso rekurriert Welzer ausschließlich auf die Judenverfolgung als Gegenstand des zivilgesellschaftlichen Lernens, wissen wir doch um die Bedeutung der Vielfalt an Verfolgungsgründen und entsprechenden Handlungskontexten, wie sie zum Beispiel in vielen regionalen Gedenkstätten zum Thema gemacht werden? Hilft ein binärer Code wirklich weiter, der neben den »bösen Menschen« auch die »guten« für anfällig hält, sich an »gegenmenschlichem Verhalten« zu beteiligen? Und ist dem Unbehagen an der Kategorie des »Zuschauers« abgeholfen, wenn man sie ganz wegfallen lässt und alle Deutschen der Kategorie der Täter zuordnet? Letzteres ist hier nicht aus einer etwaigen geschichtspolitischen Rücksichtnahme heraus relevant, sondern allein, weil die Entdifferenzierung des historisch komplexen Tatzusammenhangs, wie sie sich in den Koordinaten der »Ausgrenzungsgesellschaft« abzeichnet, doch gerade nicht das Leitbild einer zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Verantwortungsstrukturen im Nationalsozialismus sein sollte.

Dabei ist es ohne Zweifel erforderlich, die Dynamiken der Tatverantwortung, der Entscheidungsprozesse und ihrer gesellschaftlichen Mitträger- und Mittäterschaft stärker in den Blickpunkt zu rücken, als dies in der gegenwärtigen Erinnerungskultur der Fall ist. Es reicht nicht aus, KZ-Wachmannschaften und Polizeibataillone zu untersuchen, um zu einem differenzierten Bild von Täterschaft und Gesellschaft zu kommen. Zum Teil sind die neueren Forschungen unter dem schillernden Suchbegriff der »Volksgemeinschaft« dadurch motiviert, die Wirklichkeit und Bedingungen von Bindekraft, Zustimmung und Beteiligungsmotivation im Nationalsozialismus in gesellschaftlichen Strukturen, Prozessen und Diskursen zu untersuchen. Diese wie andere Projekte und Ansätze zeigen den nach wie vor großen Bedarf, das Verhältnis von Gesellschaft und Verfolgungspolitik im Nationalsozialismus zu erforschen – bevor man es über den Leisten einer »Ausgrenzungsgesellschaft« schlägt. Was bliebe vom hohen und richtigen Anspruch Welzers einer »partizipativen, demokratieorientierten bürgerschaftlichen Persönlichkeitsbildung« denn übrig, wenn die Gesamtdeutung schon feststeht? Von der verordneten Geschichte hat sich die bundesrepublikanische Erinnerungskultur gerade in den letzten Jahren zu entfernen versucht. Forschendes Lernen, wie es in den Gedenkstätten angestrebt und vielfach praktiziert wird, strebt gerade nicht die »Übernahme vorgefertigter (...) Glaubenssätze« (Welzer) an, weder moralischer noch historischer Natur.

Unbetrachtet lässt Welzer sowohl auf der historischen wie auf der erinnerungskulturellen Ebene die europäische und globale Dimension. Verfolgungs- und Lebenswege von Verfolgten und Ermordeten lassen uns auf je eigene Weise verstehen, was »europäische« und »globale« Erinnerung bedeuten kann. Deutungsansprüche und Bildungsgegenstände werden längst nicht mehr nur auf nationaler Bezugsebene verhandelt. Zumindest die europäische Dimension der NS-Verbrechen ist durch die Reichweite der Tat, die Verbindung mit dem Vernichtungskrieg und die Bedeutung der Kollaboration in den letzten Jahren deutlicher wahrgenommen worden. Dies steht in einer Dauerreflexion zur »zweiten Vergangenheit« in der deutschen, aber auch in der osteuropäischen Geschichte nach 1945. Welzers »Ausgrenzungsgesellschaft« betont hier die nationale Handlungs-



dimension der NS-Zeit und markiert damit bei aller Bedeutung dieser Referenzkategorie einen Rückschritt gegenüber einem bereits weitaus komplexer ausgemessenen Feld von Beteiligten und Verantwortlichen. »Europas heterogene Erinnerungsgemeinschaft«, so Claus Leggewie, ergibt sich aus der »diskursiven und zivilen Bearbeitung von Deutungs- und Anerkennungskonflikten«. <sup>8</sup> Die Debatten um den geschichtspolitischen Ort des »Zentrums gegen Vertreibungen« oder den 23. August als europäischen Gedenktag zeigen den andauernden Bedarf historischer Differenzierung gegenüber Vereinnahmungen, Umwertungen und Mythisierungen der jüngeren Gewaltgeschichte. <sup>9</sup> Ihr kommt gerade im Zeitalter von massenmedialer Reproduktion, Authentizitätsfiktionen und Heritage Industry eine wachsende Bedeutung zu. Nur die »Ausgrenzungsgesellschaft« zur Referenz der Bildungsarbeit zu machen, kappt die Breite des deutungsrelevanten Feldes historischer Auseinandersetzung an einer Schlüsselstelle, die essenziell ist, um die Zukunft der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen diskursiv steuern zu können.

Die Forderung nach historischer Differenzierung setzt entsprechende Forschung voraus, auch eine weitere dokumentarische Konkretisierung an den historischen Orten. Archivare, Kustoden und Historiker sind mit ihrem Sach- und Fachwissen nötiger denn je. Sie müssen gestärkt werden, um nicht das historische Wissen zur bloßen Lernware der Wertevermittlung einschmelzen zu lassen. Doch Welzer betrachtet »Erinnerungskultur« rein von einem Bildungsauftrag her – als Kultur von »Lernorten«, deren Aufgaben notwendig und hinreichend durch das Lernziel definiert sind, »kognitive Ressourcen für zivilgesellschaftliches Verhalten« zu schaffen. Damit tut Welzer letztlich etwas, das er selbst an einer Erinnerungskultur kritisiert, die seiner Meinung nach immer noch dem Paradigma verhaftet sei, »gegen das Vergessen« zu arbeiten. Doch wird die Indienstnahme von historischem Geschehen und historischen Orten für ein zentrales Lernziel nicht dadurch überzeugender, dass es sich als »gegenwartsorientiert« und »reflexiv« versteht. In beiden Fällen wird die faktische Vielfalt und Komplexität von Aufgaben und Leistungen in problematischer Weise eng geführt, die in der Erinnerungskultur Bürger, Initiativen, institutionelle Akteure und insbesondere Gedenkstätten wahrnehmen. Zur Professionalisierung von Gedenkstätten in den vergangenen Jahrzehnten gehört es, Gedenken, Dokumentieren, Forschen und Vermitteln miteinander zu verbinden – und sich dadurch gerade von der alleinigen, politisch lange Zeit geltenden Legitimationszuschreibung gelöst zu haben, vornehmlich politisch-pädagogischen Zwecken zu dienen.

### **Rechte als Leitkategorie der Erinnerungskultur**

Harald Welzer ist aber darin zuzustimmen, dass Wege gefunden werden müssen, die Handlungsrelevanz historischen Lernens für eine komplexe Gegenwart und Zukunft zu stärken, um hier »die Potenziale für antisoziales Verhalten, für die Aufweichung rechtsstaatlicher Prinzipien, für gegenmenschliche Praktiken wahrzunehmen«. Erinnerung darf nicht im historischen Rückblick erstarren. Ein kompetenz- und partizipationsorientiertes Geschichtslernen kann das erforderliche gegenwartsbezogene und zukunftsorientierende »Unterscheidungsvermögen« wachsen lassen. Ein Ansatzpunkt, mit dem der Forderung nach historischem Urteilsvermögen und Gegenwartsorientierung entsprochen werden kann, ohne die lebensgeschichtliche Perspektive der Erinnerungsarbeit aufgeben zu müssen, ist die Kategorie der Rechte. Dazu abschließend einige Thesen:

1 Rechte stellen das zentrale Medium der modernen Gesellschaft dar, in dem Hand-

lungsräume von Menschen und durch Menschen über politische, juristische und soziale Ordnungen disponiert, unter moralischen Gesichtspunkten verhandelt und durch praktisches Handeln lebensweltlich relevant werden. Die willkürliche Setzung oder Zerstörung von Rechten kann Menschen als Verfolgte und Ausgegrenzte wie im Nationalsozialismus durch die »Tötung der juristischen Person« zu »lebenden Leichnamen« (Hannah Arendt) werden lassen. Die Verweigerung von Rechten machte, so Arendt, aus dem Bürger den nackten, weil des staatlichen Schutzes beraubten Menschen.

**2** Die Ausweitung des individuellen Schutzes vor willkürlicher Kollektivgewalt zeigt sich als eine Konsequenz aus der Vernichtungsgewalt des 20. Jahrhunderts und verweist auf die Historizität von Rechtsansprüchen, auch als Bildungsgegenstand. Doch ist die Kategorie der Rechte umfassender und alltagsnäher zu verstehen, als dies mit dem Begriff der »Menschenrechtsbildung« oder dem Kanon demokratischer Grundrechte erfasst wird. Nicht die völkerrechtlichen Lehren aus Gewalt und Diktatur allein sollten den Ausgangspunkt einer Befassung mit Rechten bilden, sondern die Moderne als rechtebasierte Vergesellschaftung mit ihren unterschiedlichen politischen Regimen und Praktiken der Gewährung und Gefährdung, der Aneignung und des Entzugs, der Geltung und der Überformung von Rechten.

**3** Rechte regulieren die Freiheitsansprüche des Einzelnen und gründen in dem »Recht, Rechte zu haben« (Hannah Arendt). Entrechtungen äußern sich als individuelle Lebenserfahrungen, die in der Bildungsarbeit die Perspektive der Betroffenen zugleich über die Kategorie der Rechte in konkrete Handlungs- und Entscheidungsstrukturen einbinden. So werden das (entrechtete) Individuum nicht entkontextualisiert und die Struktur (der Entrechtung) nicht entpersonalisiert.

**4** In ihrer Anwendung, Sicherung oder Zerstörung von Rechten kommen institutionelle Ordnungen und Verfahren mit Menschen als Verantwortlichen und Beteiligten zusammen. Das ermöglicht eine akteursorientierte und kontextsensitive Betrachtung von historischen, gegenwärtigen oder fiktiven Konstellationen. Dabei erweist sich die Kategorie der Rechte im Sinne der »Prägnanzbildung« als wichtiger historischer Differenzierungsraum für eine vergleichende Betrachtung unterschiedlicher politischer, insbesondere diktatorischer Ordnungen.

**5** Über Rechte kann anschaulich, konkret und exemplarisch, muss aber auch komplex, abstrakt und analytisch gesprochen werden. Es geht um Entscheidungssituationen auf verschiedenen Ebenen von Rechtsbildung, Rechtspraxis und Lebensalltag. Die Achtung und Nutzung oder die Aushöhlung und Überschreitung von Rechten vermitteln die Dynamik von Handlungszusammenhängen und moralischen Kodierungen. Wissensgeleitete Differenzierung als Basis für historisches Urteilsvermögen ist gefragt. Zugleich bieten sich erfahrungsnahe Anhaltspunkte einer lernorientierten Auseinandersetzung.

**6** Mit dem Verhältnis von Rechten und Menschenrechten, dem transnationalen Völkerrecht und entsprechenden Abkommen sowie Feldern der »transitional« und »transnational justice« wird mit der Kategorie der Rechte der methodologische Nationalismus von Erinnerungskulturen um übernationale historische Konstellationen erweitert. Die Verfolgung von Unrechtsverantwortlichen als transnationales Geschehen der Zeitgeschichte zu thematisieren, eröffnet zugleich einen wesentlichen Metadiskurs zu den historischen Ereignissen und bindet die Auseinandersetzung unmittelbar an Handlungsorte der Tat zurück.

**7** Gedenkstätten an den historischen Orten der nationalsozialistischen Verbrechen

machen die Auswirkung von Rechtsverweigerungen, Entrechtungen oder der Schaffung von Sonderrechten konkret. Doch umfasst die Topographie und damit Verräumlichung von Rechts- und Unrechtsordnungen weitere Orte wie Parlamente, Gerichte, Gefängnisse, Polizeigebäude, Heilanstalten oder Deportationsorte. Die Dezentralität der Tat bildet sich damit als enger und noch genauer zu entwickelnder Zusammenhang von Recht und Raum ab.

**8** Die Kategorie der Rechte ist hochgradig gegenwartsorientiert und anschlussfähig, weil öffentliche, politische, juristische und moralische Diskurse in den vergangenen Jahren immer stärker im Medium von Rechtsfragen und Rechtsansprüchen operieren. Handlungsgrenzen von Staaten und Einzelnen, Freiheitsrechte oder Entscheidungsszenarien von Guantanamo über Facebook bis zur Präimplantationsdiagnostik werden aktueller denn je auf einer trans- oder postpolitischen Ebene verhandelt. Trotz der Rede von »Leitkultur« und »Wertelernen« ist die hegemoniale Referenzgröße der gesellschaftlichen Selbstverständigung das Verhältnis von Individuum, Ordnung und Rechten.

**9** Die Kompetenzen und Kapazitäten vorhandener Bildungsorte wie Gedenkstätten, die Kategorie der Rechte zu thematisieren und miteinander eine Bildungslandschaft der Rechtskultur zu entwickeln, sind zu stärken. Dazu bedarf es keiner neuen Erlebnisorte, wohl aber einer Reflexion auf die Sinnlichkeitsanmutungen und Anschaulichkeitspotenziale der historischen, materiellen Überlieferung. Gedenkstätten müssen ihren Anschaulichkeitsüberschuss in ihre Vermittlungsbemühungen integrieren.

**10** In der Radikalität des Zufalls als Überlebensfaktor in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern wird die Außerkraftsetzung von Elementarrechten in singulärer Weise anschaulich. Um daran etwas in die Gegenwart Hineinwirkendes zu lernen, bedarf es keines Unterhaltungsarrangements, sondern einer Lernkultur, die auf dem Respekt und der Anerkennung des Einzelnen gründet. Erinnerung als kontinuierlicher Modus gesellschaftlicher Verständigung über die Bedeutsamkeit historischen Geschehens für die Gegenwart und die ihr korrespondierenden Orte wie Gedenkstätten wären überfordert, wenn sie diese Lernkultur selbst erwirken müssten. Aber sie gingen fehl, wenn sie ihre Aufgabe nicht auch darin sähen, einen Beitrag zu dieser Lernkultur zu leisten. Sie ist zugleich eine Grundlagenressource der modernen Zivilität, deren Gefährdungen durch eine wissensbasierte und der Geschichtlichkeit von Freiheit bewusste Rechtekompentenz begegnet werden sollte.

**PD Dr. Habbo Knoch**, geb. 1969, Historiker, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Celle) und Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen

- 1 Harald Welzer, Für eine Modernisierung der Gedenk- und Erinnerungskultur, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 162 (2011), S. 3–9.
- 2 Ulrike Jureit/Christian Schneider, Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.
- 3 Christian Meier, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit, München 2010.
- 4 Volkhard Knigge, Zur Zukunft der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25–26/2010, S. 10–16.
- 5 Vgl. Habbo Knoch, Spurensuche: NS-Gedenkstätten als Orte der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch/Constantin Gschler (Hg), Public History. Öffentliche Darstellungen des Nationalsozialismus jenseits der Geschichtswissenschaft, Frankfurt am Main 2009, S. 190–218.
- 6 Wolfgang Hardtwig, Verlust der Geschichte – oder wie unterhaltsam ist die Vergangenheit, Berlin 2010, S. 33f.
- 7 Ebenda, S. 40f.
- 8 Claus Leggewie, Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt, München 2011, S. 51.
- 9 Vgl. Günter Morsch, »... eine umfassende Neubewertung der Europäischen Geschichte«? Entwicklungen, Tendenzen und Probleme der Erinnerungskultur in Europa, in: GedenkstättenRundbrief Nr. 157 (2010), S. 3–14.

# Tora und Textilien. Jüdisches Leben im Wuppertal, in Berg und Mark

EINE NEUE DAUERAUSSTELLUNG IN DER BEGEGNUNGSSTÄTTE  
ALTE SYNAGOGE WUPPERTAL

*Ulrike Schrader*

»Was kann man denn bei Ihnen sehen?« lautete in der Vergangenheit eine häufige Frage von Besucherinnen und Besuchern der Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal.<sup>1</sup> Vor allem wurden sie dann auf die originalen Mauerreste – die Ruinen der früheren Elberfelder Synagoge – verwiesen, die im Zuge der Bauarbeiten für die 1994 eröffnete Gedenkstätte freigelegt wurden und davon zeugen, was sich in der Nacht zum 10. November 1938 dort zugetragen hat. Eine andere »Sehenswürdigkeit« war und ist immer noch die moderne, strenge Formensprache der Gedenkstätte, geplant von den Kölner Architekten Peter Busmann und Godfrid Haberer. Das Gebäudeensemble der Begegnungsstätte Alte Synagoge, bestehend aus drei schlichten geometrischen Baukörpern, setzt einen ästhetisch außergewöhnlichen Akzent im Wuppertaler Stadtbild.<sup>2</sup>

Die inhaltliche Vermittlung über die örtliche und regionale Geschichte des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung geschah darüber hinaus bisher nahezu ausschließlich durch unterschiedliche Veranstaltungen: Projekte im Rahmen der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die stets eigens auf die entsprechende Lerngruppe zugeschnitten wurden, Arbeit in dokumentarischen Wechselausstellungen, Vorträge und andere Abendveranstaltungen für das erwachsene Publikum.<sup>3</sup> Im Unterschied nämlich zu den meisten anderen Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen musste die Wuppertaler Einrichtung seit dem Beginn ihrer Arbeit bis zum Frühjahr 2011 ohne die sonst übliche Dauerausstellung auskommen, die Informationen durch eine ständig präsentierte Sammlung von Objekten und Dokumenten sichtbar hätte vorhalten können. »Hereinspaziert! Schauen Sie sich um!« – eine solche Einladung war nicht so einfach möglich und ihr Fehlen wurde zunehmend als Mangel empfunden, sowohl von den Schulen und der Bevölkerung als auch von den Mitarbeitenden im Haus. Das ist nun anders.

Seit April 2011 zeigt die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal eine Ausstellung, die die Geschichte und Gegenwart der Juden in Wuppertal und der Region dokumentiert, und damit hat sie sich ein grundlegend neues Konzept gegeben: Das Haus ist nun auch ein kleines, aber feines Museum für die Stadt und die Region.<sup>4</sup>

Im Folgenden möchte ich einige konzeptionelle Grundgedanken wiedergeben, mit denen diese Ausstellung einen neuen Weg der praktischen Gedenkstättenarbeit gehen möchte.

## **Die erzählte Zeit: Von den ersten Spuren bis in die Gegenwart**

Die deutlichste konzeptionelle Änderung erfuhr die Begegnungsstätte Alte Synagoge durch den Blick auf den Längsschnitt der regionalen jüdischen Geschichte. Im Fokus steht nicht mehr die Zeit des Nationalsozialismus. Juden kommen nun nicht mehr nur als »Opfer« vor, sondern als Akteure, als Personen und als Gestalter ihres Alltags. Unter dem Titel »Tora und Textilien« wird die jüdische Geschichte seit der Zeit der

Zuwanderung in die durch die aufblühende Textilindustrie prosperierenden bergischen Städte gezeigt. Damit hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden: Die jüdische Geschichte interessiert hier nicht nur als Geschichte von Verfolgung, besonders in der Zeit des Nationalsozialismus und im Holocaust, sondern als Sozial- und Kulturgeschichte im historischen Längsschnitt. Im Mittelpunkt des Interesses an der Darstellung der voremanzipatorischen Zeit und des 19. Jahrhunderts stehen die bedeutenden Entwicklungen der europäischen Ideen-, Rechts-, Technik- und Zivilisationsgeschichte, in der die Juden – so spiegelt sich das in Parlamenten und Tageszeitungen – nur eine Gruppe von vielen waren: Emanzipation war »die große Aufgabe unserer Zeit«, wie Heinrich Heine 1828 schreibt. Und er fährt fort: »Nicht bloß die der Irländer, Griechen, Frankfurter Juden, westindischen Schwarzen und dergleichen gedrückten Volkes, sondern es ist die Emanzipation der ganzen Welt, absonderlich Europas, das mündig geworden ist, und sich jetzt losreißt von dem eisernen Gängelbände der Bevorrechteten, der Aristokratie.«<sup>5</sup>

Das klingt zunächst einmal komplex und theoretisch, wird in der neuen Ausstellung aber anhand aktivierender, handlungsorientierter Elemente und mittels einer aufs Elementarste reduzierten Textmenge anschaulich. Eyecatcher, Klappen, Schubladen, Schränke, Hörstationen, Mitmachmöglichkeiten und freistehende Objekte zum Anfassen und Ausprobieren bedienen hier nicht nur das sinnliche und spielerische Interesse von Kindern und Jugendlichen, sondern ebenso das der Erwachsenen.

Die Parolen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung »Leben, Freiheit, Streben nach Glück« (1776) und die der Französischen Revolution »Liberté, Égalité, Fraternité« (1789) sind nicht nur trockenes, verstaubtes Geschichtswissen, sondern dienen hier als agents provocateurs einer Diskussion über das Experiment der Moderne schlechthin. Hier geht es also nicht zwingend nur um die voremanzipatorische Diskriminierung von Juden und deren schrittweise »Verbesserung«. Themen sind auch die kritische Frage nach der Erfüllung des Glücksversprechens nordamerikanischer Indianer oder der skeptische Einwand, ob »Moderne« mit ihrem nachfolgenden Säkularisierungsschub überhaupt eine erstrebenswerte Sache sei.<sup>6</sup>

### **Alltagsbiografie**

Auf »sein« 19. Jahrhundert blickt von hoch oben das Porträt eines alten bärtigen Mannes herab, dessen Biografie sich wie ein roter Faden durch die Ausstellung zieht. Samuel Steilberger war ein frommer, kinderreicher Jude, der aus einer armen Weberfamilie stammte, hebräisch zwar von seinem Vater gelernt, aber nie die Schule besucht hat und sich die deutsche Schrift selbst hatte beibringen müssen. Als Wirtschaftsmigrant zog er in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit seiner Frau und neun Kindern aus dem Ort Langenberg ins prosperierende Elberfeld.

Frömmigkeit, Textilgewerbe und Migration also sind die drei didaktisch so wertvollen Stichworte, die diese Biografie für das Ausstellungsprojekt in hohem Maße interessant machten, und nicht etwa eine besondere Leistung des Protagonisten oder ein Status als Holocaustopfer. Nähere Kenntnisse über Steilberger besitzen wir durch einen glücklichen Zufallsfund: Neben Briefen an eine seiner Töchter aus dem Zeitraum 1895 bis 1901 ist eine gedruckte Festschrift zu seiner Goldenen Hochzeit aus dem Jahr 1894 erhalten, der sich allerlei liebenswürdige Details entnehmen lassen. Zu diesen – literarisch freilich nicht nobelpreisverdächtigen – Versen hat der bekannte Wuppertaler

Künstler Wolf Erlbruch<sup>7</sup> acht Illustrationen geschaffen, die auf Plexiglasbrettchen an unterschiedlichen Stellen in der gesamten Ausstellung verteilt angebracht sind und, kommentiert durch eine jeweils dazugehörige Hörstation, auch Grundschul Kinder aktiv einbeziehen. Die Biografie des Alltagsmenschen Samuel Steilberger führt plastisch und nachvollziehbar vor Augen, dass es eine jüdische Existenz nicht nur schon lange vor der Zeit des Nationalsozialismus gegeben hat, sondern auch eine, auf die das unhistorisch-nivellierende und letztlich einschläfernde Klischee von den Juden, die »ja immer verfolgt wurden«, nicht zutrifft.

### **Vielfalt jüdischer Existenz**

Dass mit der Emanzipation, d.h. mit der Herausbildung und dem Erstarken eines Bürgertums nicht nur die Feudalgesellschaft verabschiedet wurde, sondern auch das Verständnis von Religion und Zugehörigkeit sich änderte, führte zu einer starken Ausdifferenzierung dessen, was heute landläufig unter dem Begriff Judentum subsummiert wird. Ein markantes Datum dieser Entwicklung ist das Jahr 1876, in dem das sogenannte Austrittsgesetz verabschiedet wurde: Auch Juden war es nun erlaubt, aus der Einheitsgemeinde auszutreten, neue Gemeinden verschiedener religiöser Ausrichtung zu gründen oder sich gänzlich von ihrer Religion zu entfernen. Die Vielfalt jüdischer Existenz wenigstens anzudeuten, die sich damals schon daraus ergab, ist ein Anliegen der neuen Ausstellung. Es soll klar werden, dass »Jüdisch sein« mehr und anderes ist als seine Klischees, und dass verallgemeinernde Definitionen von außen stets respektlose Übergriffe sind, die das autonome Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen beschränken – im Extremfall bis zur rassistischen Kategorisierung durch die Nationalsozialisten.

Die Vielfalt jüdischer Existenz im Kaiserreich wird in der neuen Ausstellung in einem Themenfeld ausgebreitet, das den Titel »Um 1900« trägt. In fünf Bild-Objekt-Kombinationen sind die unterschiedlichen und zum Teil widerstreitenden Tendenzen angedeutet, die das Judentum um die Jahrhundertwende lebte respektive denen es ausgesetzt war: 1. die Wahlverwandtschaft mit deutschem Kulturbürgertum, 2. die althergebrachte Orthodoxie, 3. die neue politische Bewegung des Zionismus unter dem Einfluss nationalstaatlicher Anstrengungen und als Reaktion auf einen manifesten Antisemitismus (4.) sowie 5. die heute kaum noch verstehbare Liebe deutscher Juden zu »ihrem« Kaiser Wilhelm II.

Der entschiedenen Verweigerung verallgemeinernder Aussagen über das, »was jüdisch ist«, entspricht die Ausstellung auch noch in ganz anderer Weise: Unvermutet und unabhängig von der chronologischen Abwicklung sind 23 aufklappbare weiße Tafeln im Format von 22 mal 23 cm in der Ausstellung verstreut angebracht, die zugeklappt den Schriftzug »irgendwie jüdisch« tragen. Aufgeklappt schaut dem Betrachter ein Mensch entgegen, der in einem kleinen Textbeitrag Auskunft darüber gibt, was er persönlich unter seinem Judentum versteht. Die Klapptafeln erinnern oder »stören« immer wieder mit ihrem Einspruch aus der Gegenwart, so dass nicht vergessen wird, wovon diese Ausstellung eigentlich handelt: Von lebenden Menschen mit Stimmen und Ideen. Das Besucherbuch der Ausstellung dokumentiert schon jetzt deutlich, dass gerade diese parallel geführte »Irgendwie-jüdisch«-Spur eine große Faszination auf die Besucher ausübt, weil sie sie wegen der Offenheit der Bekenntnisse berührt und für Überraschungen sorgt.<sup>8</sup>



Links: Schublade: Bilder und Dokumente zum Thema »Emigration« Rechts: Perspektive in den Ausstellungsraum in Richtung Nord-Westen. Fotos: Andrea Hold-Ferneck

### **Methoden: Schwellen senken, ausprobieren, staunen**

Entzieht die Ausstellung so die Menschen, um die es hier geht, durch die Heterogenität und Widersprüchlichkeit der Selbstaussagen dem respektlosen Zugriff der antisemitischen Bescheidwiser genauso wie dem der philosemitischen Besserwiser, so bietet die bald zu Beginn des Ausstellungsrundgangs eingerichtete Abteilung zum Thema »jüdische Religion« den sicheren Halt normativen Wissens: Anhand von Objekten, erklärender Kürzesttexte und aktueller Schnappschüsse aus dem Festtagsleben der jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal soll das Recht auf Information über die jüdische Religion befriedigt werden. Allerdings geschieht das ohne Abstand, Aura und Andacht: Alle Objekte – Gegenstände, die im jüdischen Festjahr benutzt werden – stehen zur freien Handhabung auf einem Regal, und ein Schränkchen mit Türen zum Öffnen präsentiert Geschirr und Lebensmittel zum Thema »Speisegesetze«, die hoffentlich nicht das Verfallsdatum überschreiten, sondern bereits vorher vom neugierigen Publikum verzehrt worden sind. Die Besucher dürfen und sollen die Gegenstände ausprobieren und sich schließlich im wahrsten Sinne des Wortes einverleiben. Die Botschaft wird klar: Es gibt heute und in der nächsten Umgebung Menschen, die diese Dinge des jüdischen Fest- und Alltags benutzen und verbrauchen, es gibt dafür Geschäfte und Kunden, die darin »ganz normal« einkaufen.

Die Besucher finden die schrankenlose Präsentation, die Möglichkeit zum Spielen und Testen, sympathisch. Aber diese freundliche Einladung ist mehr als eine Nettigkeit. Vor allem unter muslimischen Jugendlichen in Wuppertaler Schulen gibt es immer einige, die mit manifesten Vorbehalten gegenüber allem »Jüdischen« in die Gedenkstätte kommen. Gerade ihnen schon zu Beginn ansprechende und einbeziehende Elemente anzubieten, um Gefühle der Feindseligkeit, der Inferiorität und der Zumutung aufzuweichen, ist zwingende Voraussetzung für eine sinnvolle Fortsetzung des Ausstellungsbesuchs.

## **Jüdische Sicht auf den Nationalsozialismus**

Nach wie vor wird die Begegnungsstätte Alte Synagoge eine Gedenkstätte sein. Trotz des neuen musealen Konzepts steht das Haus – im wahrsten Wortsinn – auf dem Boden der alten Synagoge und damit auch an einem Ort des Leidens und am Ort eines Verbrechens. So legt die neue Ausstellung großen Wert auf die Visualisierung der früheren Synagoge und bezieht die sichtbaren originalen Rudimente mit in die Ausstellungs-gestaltung ein. Darüber hinaus sind die Modelle aller zerstörten Synagogen der Region im Maßstab 1 : 50 zu sehen: Schwelm (1819), Elberfeld (1865), Solingen (1872) und Barmen (1897).<sup>9</sup> Der Betrachter hat hier die Möglichkeit, den Wandel im Kultusleben und im Selbstverständnis der jüdischen Gemeinden anhand der Architektur und Innenausstattung abzulesen und sich über die Hintergründe der antijüdischen Novemberaktionen 1938 – immerhin der Ursprung der Wuppertaler Gedenkstättenarbeit – umfassend zu informieren.<sup>10</sup> Um die Zeit der nationalsozialistischen Judenverfolgung zu präsentieren, haben viele ehemalige Wuppertaler Jüdinnen und Juden, die in der Zeit des Nationalsozialismus emigrieren konnten, Erinnerungsstücke, Dokumente, Briefe und Fotografien beige-steuert. Außerdem wurden viele Interviews, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, in die Ausstellung integriert. Vor allem also authentische Objekte aus dem Besitz der Überlebenden erzählen die wichtigsten Ereignisse aus den 1920er und 1930er Jahren, zum Beispiel ein Turnhemd des neu gegründeten Jüdischen Sportvereins Wuppertal, eine Sammlung mit Passfotos zur Vorbereitung auf einen Kindertransport, das Tagebuch einer Auswanderung, Juden-Kennkarten, Sterne und Ghetto-geld, eine letzte Fahrkarte oder eine Sondererlaubnis zum Schwebefahnen. Aus dieser Präsentation einzelner Objekte ergeben sich biografische Splitter, die den historischen Kontext »beleben« und vergegenwärtigen. Dabei helfen zusammenfassende Darstellungen in Text und Bild – möglichst aus der Perspektive eines »jüdischen Alltags«: Urlaubsfotos vom Meer, Menschen am Kaffeetisch, Geburtstags- und Bar-Mizwa-Feiern, aber auch Erinnerungsfotos vor der Auswanderung, Abschiedsbriefe vor der Deportation an die Kinder und Postkarten aus dem Konzentrationslager.

Die direkte Nachkriegsgeschichte beginnt für die Juden mit der Suche nach den früheren Gemeindemitgliedern: Eine viel benutzte Kladde aus dem Archiv der Jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal, eng beschrieben mit Namen, Exiladressen und Todesorten, zeugt in berührender Weise von der verzweifelten und meistens vergeblichen Mühe, die erlittenen Traumata zu verarbeiten.

### **Gestaltungsprinzipien: Dynamik, Frische, Qualität**

Das Kommunikationsbüro Andrea Hold-Ferneck, Wuppertal, hat mit der gestalterischen Konzeption der Ausstellung eine gewaltige Herausforderung angenommen. Mit großem Respekt vor der ambitionierten Architektur der skulpturalen Räume hat sie eine Fläche von nur rund 110 qm strukturiert. Sichtachsen, Raster und Farben des Hauses bildeten gestalterische und hermeneutische Elemente der neuen Ausstellung, so dass das Raum-erlebnis erhalten blieb und mit sicht- und erlebbaren Inhalten aufgefüllt wird. In den lichtdurchfluteten, von Weiß und Grau dominierten Raum kamen hochwertige, stabile Möbel in einem frischen »wach haltenden« Grün, bei den Texten wurde auf Prägnanz der Formulierung und gute Lesbarkeit der Schrift geachtet, die Reproduktionen und Replikat sind von hoher Qualität, Schubladen und Vitrinen sorgfältig eingerichtet und die sehr sparsamen Inszenierungen zurückhaltend. Dreißig Hörstationen und eine



Videostation mit Zeitzeugeninterviews, gestaltet durch das Büro Christoph Schönbach, Wuppertal, sind die wenigen digitalen Medien in einer Ausstellung, die bei ihren aktivierenden und interaktiven Elementen vor allem auf Mechanik setzt.

Mit ihrer neuen Ausstellung leistet die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Nordrhein-Westfalen nach den »jüdischen Orten« in Dorsten und Essen einen weiteren, aber wieder anderen Beitrag in einer sehr lebendigen Gedenkstättenlandschaft, tritt dem Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungen entgegen und ist den Überlebenden und ihren Nachfahren Archiv einer »bergischen Diaspora« und heimatlicher Ort zugleich.<sup>11</sup>

**Dr. Ulrike Schrader** ist seit 1994 Leiterin der Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal. Sie erforscht vor allem die jüdische und die NS-Geschichte in Wuppertal und befasst sich kritisch mit der Praxis der Gedenkstättenarbeit und der Erinnerungskultur.

- 1 Die Arbeit der Begegnungsstätte Alte Synagoge wird nach einem Vertrag mit der Stadt Wuppertal von einem gemeinnützigen Trägerverein verantwortet. Dieser erhält einen festen Zuschuss der Stadt und die Mitgliedsbeiträge seiner 23 Mitgliedsinstitutionen.  
Weitere Informationen unter: [www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/wuppertal](http://www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/wuppertal)
- 2 Im Unterschied zu den meisten anderen Gedenkstätten, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, befindet sich die Wuppertaler Gedenkstätte nicht in einem ungenutzten Gebäude, sondern in einem Neubau, der von vornherein als Gedenk- und Begegnungsstätte gewollt war. Authentisch ist hier der frühere Standort der Elberfelder Synagoge (1865–1938) mit seinen archäologischen Ausgrabungen.
- 3 Daneben gab und gibt es weiterhin eine rege Forschungs- und Publikationstätigkeit, Beratung von Schülern und Lehrern und solchen, die Pädagogen werden möchten, sowie eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Universität durch einen Lehrauftrag zur Gedenkstättenpädagogik und zum Wissenstransfer.
- 4 Der geografische Erzählraum erstreckt sich über Wuppertal hinaus auch auf die Nachbarstädte Solingen, Remscheid, Velbert und Schwelm. Damit werden auch Schulen und Bürger dieser Städte angesprochen, die nicht über eine eigene Dokumentation ihrer jüdischen Geschichte verfügen. Diese regionale Ausdehnung war allerdings seit dem Bestehen der Wuppertaler Gedenkstätte üblich und wurde auch in Anspruch genommen.
- 5 Heinrich Heine: Reise von München nach Genua, Klaus Briegleb (Hg.), Sämtliche Schriften, München 2005, Band 2, S. 376f.
- 6 Eine Erfahrung des Gedenkstättenalltags zeigt, dass besonders muslimische Schüler dem Projekt der Moderne zum großen Teil misstrauisch und ablehnend gegenüberstehen. Dieses Ausstellungskapitel birgt also das Potenzial, unabhängig vom Oberthema »jüdische Geschichte« ein Kernproblem der Integrationspolitik und -pädagogik zu diskutieren.
- 7 Bekannt wurde Erlbruch vor allem durch den Bilderbuch-Hit »Vom kleinen Maulwurf, der wissen wollte, wer ihm auf den Kopf gemacht hat«, Wuppertal 1993.
- 8 Im Unterschied zu einigen bereits dokumentierten lebensgeschichtlichen Interviewprojekten mit jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion ist es in Wuppertal bewusst und konsequent nicht Ziel gewesen, Lebensläufe oder den Alltag der Befragten darzustellen. Entscheidend waren Reflexionen über das jüdische Selbstverständnis, was bei einigen der Personen auch zu einem Glaubensbekenntnis geriet. Es versteht sich, dass solche sehr privaten Äußerungen die Besucher in noch stärkerem Maße berühren als eher formale und zum Teil austauschbare Lebens- und Alltagsgeschichten.
- 9 Diese Modelle basieren auf der beeindruckenden Erfahrung des Instituts »Bet Tfila – Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa« am Lehrstuhl der Technischen Universität Braunschweig und werden von der Architektin Andrea Jensen rekonstruiert und ausgeführt. Die Modelle der Elberfelder und Schwelmer Synagoge sind bereits realisiert, das der Solinger folgt im November 2011 und das von Barmen im November 2012. Die Quellenlage zur ersten Bergischen Synagoge in Langenberg (1802) muss noch eruiert werden. Sollten hinreichend wahrscheinliche Daten ermittelt werden, wäre mittelfristig der Bau auch eines Langenberger Modells interessant.
- 10 Diese Holzmodelle sind die einzigen Objekte in der Ausstellung, bei denen »Berühren nicht erlaubt« ist.
- 11 Träger der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal ist ein Verein, der bei diesem Projekt auf die Hilfe von annähernd 30 verschiedenen Sponsoren vor allem aus der Wirtschaft angewiesen war, von denen die NRW-Stiftung einen großen Teil der Kosten übernommen hat.

# Das KZ–Außenlager Barth

*Natalja Jeske*

Das Lager Barth, ein Außenlager des KZ Ravensbrück, war eines der größten KZ–Außenlager auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Mecklenburg–Vorpommern. Weit über 5000 Frauen und Männern mussten dort in einem Zweigwerk des Rostocker Heinkel–Werkes vom November 1943 bis April 1945 Flugzeugteile, Flugzeugkomponenten und ab Anfang 1945 vermutlich komplette Flugzeuge herstellen.

Das Ziel dieses Beitrages ist es, einige wesentliche Aspekte der Lagergeschichte und deren Wahrnehmung im öffentlichen Bewusstsein nach 1945 zu skizzieren.<sup>1</sup>

## **KZ für das Rostocker Heinkel–Werk**

Rostock war die Wiege des Heinkel-Konzerns: Das Unternehmen wurde 1922 in Rostock–Warnemünde gegründet und errichtete 1935 in Rostock–Marienehe ein hochmodernes Serienwerk. Als die Stadt 1942 zum Ziel der britischen Luftangriffe wurde, galten diese Bombardements nicht zuletzt den Werkanlagen von Heinkel. Nachdem Ende Juli 1943 auch die US Air Force erstmalig Rostock am Tage anflieg, wurde für das Werk die Verlagerung der Produktion in weniger gefährdete Gebiete zwingend. Kleinere Auslagerungsbetriebe sollten auf ganz Mecklenburg und Vorpommern verteilt werden. Das größte von ihnen entstand als KZ–Außenlager auf dem Fliegerhorst in Barth, auf dem das Rostocker Werk seit Dezember 1941 Flugzeuge aus der laufenden Produktion abstellte. Der Fliegerhorst verfügte über die notwendige Infrastruktur: Die Flugzeughallen auf dem Fliegerhorst sollten als Werkhallen und die Kasernen der Luftwaffe als Häftlingsunterkünfte dienen. Barth galt als sicherer Standort, weil sich dort seit Juli 1940 das Stalag Luft I befand, in dem Angehörige der Royal Air Force gefangen gehalten wurden. Seit Oktober 1943 beherbergte das Lager Offiziere der alliierten Luftstreitkräfte. Nicht zuletzt aus diesem Grund blieb der Garnisonsstandort Barth mit seinen militärischen Anlagen und einem Munitionswerk von den Luftangriffen verschont.

Das Barther Werk war von Anfang an als KZ–Werk konzipiert. Der Heinkel-Konzern als Pionier der Beschäftigung von KZ–Häftlingen in der Rüstungsproduktion verfügte zu diesem Zeitpunkt über umfangreiche Erfahrungen auf diesem Gebiet: Seit August 1942 waren Häftlinge des KZ Sachsenhausen in seinem Oranienburger Werk als Facharbeiter, Prüfer, Zeichner und Vorrichtungskonstrukteure beschäftigt. Im April 1943 wurde das Oranienburger Werk weitgehend auf »Häftlingsbetrieb« umgestellt.<sup>2</sup> In den Augen vieler Sachsenhausen–Häftlinge war das Außenlager Heinkel–Werke ein privilegiertes »Facharbeiterlager«, wo die Behandlung der Lagerinsassen durch das SS–Personal und die Verpflegung besser als im KZ Sachsenhausen waren.<sup>3</sup> Die Werksleitung bewertete die Ergebnisse des Häftlingseinsatzes dort als vollen Erfolg – vor allem, weil sie sich »nur um den Arbeitseinsatz zu kümmern« brauchte. Für alles andere, die Verpflegung, Bekleidung, medizinische Betreuung und die Bewachung kam die SS–Leitung auf. Die Gebühren an das Reichssicherheitshauptamt für das Verleihen der Häftlinge wurden im Werk auf die Lohnsumme der deutschen Facharbeiter umgelegt. Die jederzeit gesicherte Anzahl der KZ–Häftlinge machte es möglich, eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Produktionsstufen zu erzielen und die Maschinen und Betriebsflächen in einem Zweischichtsystem mit zehn und elf Stunden Arbeitszeit

vollständig auszulasten. Außerdem besaß Heinkel das Privileg, die »besten verfügbaren Arbeitskräfte unter den KZ-Häftlingen auszuwählen« und sie mit einem extrem geringen Kostenaufwand zu verpflichten.<sup>4</sup> Diese Faktoren trugen zur Steigerung des Produktionsausstoßes und zu erheblichen Kostenersparnissen bei.

Das Oranienburger Modell diente offenbar als Grundlage für die Vereinbarung mit dem KZ Ravensbrück bezüglich der Errichtung seines Außenlagers in Barth. Darüber zumindest sprach Otto Köhler, der ehemalige Betriebsführer im Rostocker Heinkel-Werk, als er 1964 im Rahmen der Ermittlungen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) zu den Verbrechen der SS im KZ-Außenlager Barth aussagte. Weitere damals von ihm geschilderte und in der Literatur übernommene Einzelheiten zur Entstehung des KZ-Außenlagers Barth erscheinen dagegen weniger glaubwürdig. Demnach sollte die SS-Kommandantur von Ravensbrück für alles im Lager aufkommen – auch für die Unterkünfte, was bei der Errichtung der Außenlager grundsätzlich nicht üblich war. Köhler stellte den Zugriff auf die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen als Ergebnis der sich plötzlich veränderten Auftragslage und somit als eine erzwungene und spontane Entscheidung dar, obwohl die von ihm genannten Aufträge erst kurz vor der Inbetriebnahme des KZ-Werkes eingegangen waren. Als Verantwortliche nannte er aus verständlichen Gründen nicht sich selbst, sondern Karl Hayn, Hauptdirektor der Produktion bei Heinkel und den eigenen Assistenten Eberhard von Faber. Die einzelnen Werke der Ernst Heinkel AG waren selbstständige wirtschaftliche Einheiten und mussten die Zuweisung von Häftlingen selber beim Wirtschaftsverwaltungshauptamt beantragen. Ihre verantwortlichen Leiter reisten eigenständig zwecks Verhandlungen zu den KZ-Standorten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Köhler als höchster Vertreter der Betriebsleitung persönlich das KZ-Ravensbrück besuchte, um dort Gespräche über die Bereitstellung der Häftlinge zu führen – sein Name blieb dem ehemaligen Kommandanten des KZ Ravensbrück Fritz Suhren gut in Erinnerung.<sup>5</sup>

Das Barther KZ-Werk war ein Bestandteil des Heinkel-Werkes in Rostock-Marienehe: Seine Produktions- und Belegschaftszahlen flossen in dessen Statistik mit ein. Die meisten der im neuen Werk beschäftigten deutschen Betriebsangehörigen wurden von Rostock nach Barth versetzt. Die Produktionsbedürfnisse bestimmten die Struktur der Lagerbelegung. Das Außenlager in Barth war von Anfang an als Männer- und Frauenlager konzipiert. Während die Frauen bei der Fertigung von Einzelteilen auf den Fließbändern und im Glühbad arbeiteten, sollten die Männer anspruchsvollere Montagearbeiten an Flugzeugkomponenten durchführen. Überliefert ist, dass die Vertreter des Werkes bei den Frauen vordergründig auf ihren Gesundheitszustand, bei den Männern auf ihre Berufserfahrungen und den Ausbildungsstand achteten. Das Prinzip der Ersetzbarkeit jedes Häftlings war in den betriebswirtschaftlichen Planungen verankert. Die Produktion in Barth beruhte auf den neuesten Fertigungsmethoden sowie auf dem breiten Einsatz von Spezialmaschinen. Dadurch vereinfachten sich die Arbeitsabläufe, so dass das Anlernen nur kurze Zeit erforderte und der eventuelle Ausfall eines Häftlings nur geringe Schäden hinterließ.

Der erste Transport mit 200 männlichen Häftlingen aus dem KZ Buchenwald kam auf dem Fliegerhorst Barth am 9. November 1943 an. Das Baukommando bereitete das Lager auf die Ankunft weiterer Häftlingstransporte vor. Die 15 für das Männerlager überlieferten Transportlisten belegen, dass bis April 1945 2 934 männliche Häftlinge aus Buchenwald, Dachau, Neuengamme, Ravensbrück und Auschwitz (über Sachsen-

hausen) ins Lager eingeliefert wurden.<sup>6</sup> Von einem kleineren Facharbeitertransport aus dem KZ Sachsenhausen und dem letzten Transport aus Karlshagen I, der unmittelbar vor der Räumung des Lagers in Barth ankam, sind zwar keine Listen überliefert, doch ihre Stärke kann anhand von Zeitzeugenaussagen ungefähr geschätzt werden. Aufgrund dessen kann die Gesamtzahl von etwa 3300 männlichen Häftlingen als ziemlich zuverlässig gelten.

Laut überlieferten Transportlisten stellten die Häftlinge aus der Sowjetunion mit 39,5 % die größte Gruppe unter den Zugängen dar, danach folgten Polen (25,3%) sowie ungarische und polnische Juden (11,6%). Darüber hinaus befanden sich im Lager kleinere Gruppen von Italienern, Franzosen, Deutschen, Jugoslawen, Tschechen und Niederländern sowie einige Norweger, Spanier, Belgier, Bulgaren, Rumänen, Litauer, Ungarn, Griechen, ungarische Roma und sogar ein Chinese.

Für das Frauenlager liegen keine durch die zeitgenössischen Quellen gesicherten Angaben vor. Nach der Auswertung von Zeitzeugenaussagen erscheint die Gesamtzahl von über 2000 weiblichen Zugängen als realistisch. Die nationale Struktur des Frauenlagers unterschied sich etwas von der im Männerlager: Die Frauen aus der Sowjetunion, gefolgt von Polinnen und ungarischen Jüdinnen bildeten auch hier die Mehrheit der Insassinnen, doch es gab im Lager ebenfalls relativ große Gruppen von Sloweninnen sowie Sinti- und Roma-Frauen. Es sind auch Informationen über Französinen und Tschechinnen überliefert.

Die Sterblichkeitsraten im Männer- und Frauenlager des KZ-Außenlagers Barth unterschieden sich stark voneinander: Obwohl bis Januar 1945 in die beiden Lager eine ungefähr gleiche Anzahl von Häftlingen eingeliefert wurde, wies das Männerlager 163 und das Frauenlager neun Opfer auf.<sup>7</sup> Ihre Leichen wurden im Krematorium Rostock eingäschert und auf dem sogenannten Russenfriedhof, einem Abschnitt des Neuen Friedhofs, beigesetzt. Ab Ende Januar 1945 und bis zur Räumung des Lagers wurden die Verstorbenen an drei verschiedenen Orten in Barth, zuletzt am sogenannten Galgenberg, verscharrt. Laut den durch den tschechischen Häftlingsarzt Dr. Rudolf Stejskal geretteten Totenlisten waren es insgesamt 291 Personen – darunter eine Frau, Sinaida Aridowa. Sie litt unter schweren Depressionen und nahm sich das Leben, indem sie sich auf die unter Starkstrom stehende Lagerumzäunung stürzte.

Bekannt ist, dass die Frauen, die in Barth ernsthaft erkrankten, zurück in das Stammlager Ravensbrück geschickt wurden – das Revier des Frauenlagers war für eine längere Unterbringung viel zu klein. Die kranken Männer dagegen blieben im Lager, so dass nach Ravensbrück lediglich Todesmeldungen gesandt wurden. Doch dieser Umstand wie auch die Feststellung, dass die Frauen den Hunger leichter ertrugen, erklären nicht allein die auffällige Differenz der Totenzahlen. Versucht man, den Ursachen der hohen Sterblichkeit im Männerlager auf die Spur zu kommen, so liegt der Schluss nahe, dass eine der Ursachen die ausgeprägte Gewaltbereitschaft des SS-Personals gewesen sein muss. Die Lagerführer – zunächst SS-Hauptscharführer Metzler und ab Frühjahr 1944 SS-Obersturmführer Heussler – traten in dieser Hinsicht offenbar nicht groß in Erscheinung, dafür der Rapportführer Billau und der Kommandoführer Zay.<sup>8</sup> Diese beiden SS-Männer, von Anfang bis zum Ende dabei, blieben in den Erinnerungen der Überlebenden die Hauptvollstrecker des massiven Terrors, dem die Lagerinsassen tagtäglich ausgesetzt waren. Wie der ehemalige Häftling Robert Rentmeister berichtet, wurden die beiden SS-Männer aus irgendeinem Grund nach



Eine Flugzeughalle auf dem Fliegerhorst Barth. 1943 wurde sie zusammen mit sieben weiteren zur Produktionshalle des KZ-Werkes umfunktioniert. Foto: Stadtarchiv Barth, Reproduktion Holger Friedrich



Kasernen auf dem Fliegerhorst Barth. Insgesamt sechs von ihnen dienten ab November 1943 als Häftlingsunterkünfte. Foto: Stadtarchiv Barth, Reproduktion Holger Friedrich



Stacheldrahtumzäunung des Männerlagers nach der Befreiung. Foto: Archiv des Fördervereins Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.

Barth »strafversetzt«. <sup>9</sup> Den Schilderungen Überlebender zufolge waren sowohl Billau als auch Zay ausgesprochene Sadisten, denen das Drangsalieren, Quälen und Töten Befriedigung brachte. Obwohl die Fähigkeit, hart gegen die Feinde der »Volksgemeinschaft« vorzugehen, beim KZ-Personal als eine wichtige Berufseigenschaft gefordert und gefördert wurde, nahm diese bei Billau und Zay offenbar extreme Ausmaße an. Vieles deutet darauf hin, dass bei den beiden in dieser Hinsicht psychische Abnormitäten vorlagen, wobei Billau auch durch seinen Alkoholkonsum auffiel. Dem sadistischen Drang von Billau und Zay von morgens bis abends ausgesetzt, gab es für die männlichen Häftlinge in einem relativ kleinen Lager wie Barth kein Entkommen. Die Gewaltexzesse begannen bereits am frühen Morgen, wenn die Häftlinge von Zay zum Appell aus den Blöcken geprügelt wurden. Zay schlug auf die Häftlinge ein, während er sie zur Arbeit begleitete und Kontrollgänge im Betrieb machte. Von Häftlingen wurde er meistens als »Boxer« bezeichnet, weil er Lagerinsassen unvermittelt »mit der linken Hand in den Kiefer und mit der rechten Hand in die Magengrube schlug«, woraufhin der Häftling im Regelfall zu Boden ging. <sup>10</sup> Ernsthafte Verletzungen waren daher nichts Ungewöhnliches. Der als »Knochenbrecher« bekannter Billau war sowohl für das Verhängen der Strafen als auch für die Folter verantwortlich. Überliefert ist, dass er einige Häftlinge zu Fluchtversuchen zwang, um sie daraufhin töten zu können und dass er sie teilweise in den Selbstmord trieb. Auf dem Appellplatz befahl er den Häftlingen sich hinzuknien und den Schleimauswurf tuberkulosekranker Mithäftlinge vom Boden aufzulecken. Falls der Häftling nur so tat, als ob er ihn aufleckte, trat Billau ihm mit seinen Stiefeln auf den Kopf. <sup>11</sup> Einigen Zeugenaussagen zufolge fanden im Lager auch Hinrichtungen statt.

Anhand der nur zum Teil überlieferten Totenscheine lassen sich bis Ende Januar 1945 mindestens zwölf männliche Häftlinge nachweisen, die erschossen wurden, und weitere sechs, die eines unnatürlichen Todes – in der Interpretation der SS »durch Freitod« – starben. Die Zahl der Opfer von direkter Gewalt der SS war offensichtlich noch höher, denn es ist mindestens ein Fall überliefert: Als ein jugoslawischer Häftling infolge der Misshandlungen von Billau verstarb, <sup>12</sup> wurde dessen Tod als eine Folge von »Herzschwäche« vermerkt. Ständige Lebensgefahr schwächte die geistigen und körperlichen Kräfte der Häftlinge und machte sie anfälliger für Krankheiten. Ein weiterer Faktor, der die Überlebenschancen im Männerlager verringerte, war offenbar das Verhalten der vom SS-Personal eingesetzten Funktionshäftlinge. Im Barther Männerlager übten »politische« Deutsche die Funktionen des Lagerältesten, des Revierkapos und der Blockältesten aus. Viele ehemalige Häftlinge bezeugen unabhängig voneinander, die Funktionshäftlinge Kurt Rauch, Fritz Stender und Franz Mewald, ehemalige KPD-Mitglieder, hätten sich an »den Untaten der SS mitschuldig gemacht.« <sup>13</sup> Direkte Gewaltanwendung, Denunziationen und das Bestehlen der Mithäftlinge um den Inhalt der Pakete und Essensrationen gehörten allem Anschein nach zu den üblichen Mitteln ihrer Machtausübung.

Die Situation im Frauenlager sah etwas anders aus. Die Gewalt der SS-Aufseherinnen im Außenlager drückte sich zwar in Schlägen, Ohrfeigen und im Beschimpfen der weiblichen Häftlinge aus, doch es sind keine Fälle überliefert, bei denen Frauen im Lager infolge der Gewaltanwendung verstarben. Auch einzelne brutale Strafaktionen – wie etwa nach der Arbeitsverweigerung einer Gruppe weiblicher Häftlinge aus der Sowjetunion oder nach zwei misslungenen Fluchtversuchen – blieben ohne

tödliche Folgen. Es wird sogar von SS-Aufseherinnen berichtet, die Mitleid mit weiblichen Häftlingen zum Ausdruck brachten, indem sie die Zählappelle schnell abhielten oder für die bestraften Frauen Decken und etwas Essen in den Bunker schmuggelten.<sup>14</sup>

Auch über die Funktionshäftlinge im Frauenlager liegen differenzierte Schilderungen vor. Demnach gab es Frauen, die ihre Macht den Mithäftlingen gegenüber zeitweilig missbrauchten, aber auch solche, die bemüht waren, deren Leben zu erleichtern, sei es durch gerechtes Verteilen des knappen Essens oder durch Warnung vor Filzaktionen in den Blocks.

Zu den weiteren Ursachen des hohen Krankenstandes und der hohen Sterblichkeit im Männerlager zählte zweifelsohne die starke Überbelegung der Häftlingsunterkünfte. Die Kapazität des gesamten Lagers bezifferte der Heinkel-Konzern mit 2000 Personen, doch befanden sich dort Anfang November 1944 etwa 3000 Frauen und Männer. Wobei im Männer- und Frauenlager ungefähr gleichviele Häftlinge untergebracht waren. Während die Belegung des Frauenlagers seit Herbst 1944 wegen Verlegungen in andere Außenlager kontinuierlich sank, stieg die Belegung des Männerlagers dramatisch an: Zwischen Dezember 1944 und Ende April 1945 wurden dorthin mehr als 1200 Häftlinge transportiert. Die Überbelegung zog weitere Probleme, wie mangelnde Hygiene und die Zunahme der Tuberkulose, nach sich.

Die Überbelegung des Männerlagers wurde eindeutig von der Heinkel-Werkleitung herbeigeführt, die – möglicherweise im Zusammenhang mit dem Beginn der Produktion des »Volksjägers« He 162 im Barther Werk – immer neue Häftlinge nach Barth transportieren ließ, ohne sich um ihre Existenzbedingungen zu kümmern. Die Überführung von KZ-Häftlingen in ein Außenlager und ihre Beschäftigung in der Produktion bedeutete oftmals eine Verbesserung ihrer Situation und die Erhöhung ihrer Überlebenschancen. Diese Tendenz war allerdings kein Selbstläufer, sondern es hing von der Leitung des jeweiligen Betriebes ab, inwiefern sie bereit war, Einfluss auf die Lebensbedingungen der Häftlinge zu nehmen und sich dieser Verantwortung zu stellen.

Manchmal wird in Bezug auf den Heinkel-Konzern die Meinung geäußert, dass sich der fürsorgliche Umgang des Unternehmens mit den eigenen Mitarbeitern – vom ausgeprägten Pragmatismus geleitet – sowohl auf Zwangsarbeiter als auch auf die KZ-Häftlinge ausdehnte. Es heißt, sie wären in den Genuss von Prämienscheinen gekommen, seien in das »Vorschlagswesensystem« integriert gewesen und hätten Sonderzuwendungen »in Form von Geld, Rauchwaren und Lebensmitteln« bekommen. Bei Heinkel wurde stets versucht – so etwa Volker Koos – »den Einfluss der SS und deren Lagersystems aus dem Betrieb herauszuhalten«.<sup>15</sup>

In Bezug auf das KZ-Außenlager Barth lässt die Strategie des Betreibers dagegen viel Pragmatismus, aber wenig Fürsorge erkennen. Nicht nur die extrem enge Unterbringung der Häftlinge stellte ein schwerwiegendes Problem dar. Der Arbeitsschutz in den Werkhallen war mangelhaft, was unter anderem tödliche Unfälle und Verletzungen zur Folge hatte. Als Schutzkleidung dienten den Häftlingen einfache Arbeitsschürzen, die nur einmal am Anfang ausgegeben wurden. Zusätzliche Medikamentenversorgung und Zusatzverpflegung gab es nicht und die »Prämienscheine« konnten nicht nennenswert zur Verbesserung der Verpflegung beitragen, weil man dafür nur Gemüsekonserven bekam. Ehemalige Häftlinge sprechen davon, dass Prämienscheine durch Funktionshäftlinge unterschlagen und die Prämienscheine selbst von Lagerinsassen nicht selten aus Überzeugung abgelehnt wurden.

Jahre später betonte Otto Köhler, die Werksleitung hätte die SS aufgefordert, »bessere Verpflegung an Häftlinge auszugeben«, um ihre Leistung dadurch zu erhöhen.<sup>16</sup> Auch wenn es der SS gegenüber eine solche Forderung gegeben haben sollte, sind keine Aussagen von Zeitzeugen überliefert, die darauf hinweisen könnten, dass die SS diesem Wunsch nachging. Von sich aus hat die Werksleitung zur Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und zum Schutz ihrer Leben vor der Gewalt der SS offenbar nichts unternommen, forderte jedoch die Erfüllung eines hohen Arbeitspensums.

Solange die Werksleitung in Rostock als Ersatz für die Kranken und Toten neue Arbeitskräfte anfordern konnte, gab es für sie wohl keinen Anlass, in das Leben der Häftlinge zu investieren und ihnen durch zusätzliche Versorgung bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen. Der als Markenzeichen des Unternehmens hervorgehobene Pragmatismus und die Zweckorientiertheit endeten letztendlich in einem aktiven Mitwirken am Verbrechen.

Angesichts des Heranrückens der Roten Armee räumte die SS am 30. April 1945 das Lager. Die marschfähigen Häftlinge wurden in Richtung Rostock getrieben, die Kranken, Geschwächten und Sterbenden schloss die SS in den Blocks ein. Wie viele Häftlinge während des Todesmarsches verstarben oder erschossen wurden, ist nicht genau bekannt. Die meisten Männer erlangten nach der Flucht der SS-Bewachung wenige Kilometer vor Rostock und die Frauen in der Stadt Ribnitz an der Grenze zwischen Mecklenburg und Vorpommern am 1. Mai 1945 die Freiheit. Die im Lager verbliebenen Häftlinge, die sich noch bewegen konnten, brachen am nächsten Morgen die Türen der Blocks auf und stürmten die SS-Küche. Das reichhaltige Essen, das sie verschlangen, brachte vielen von ihnen den Tod. Als die befreiten alliierten Flieger aus dem Stalag Luft I das Lagergelände wenige Stunden später betraten, erlebten sie einen tiefen Schock. »Das Lagergelände war mit menschlichen Exkrementen, Müll, zerlumpten Kleidungsstücken und sonstigem Abfall bedeckt«, berichtet Lowell Bennett, ein Gefangener im Stalag Luft I. »Tote Körper, viele von ihnen in grotesken Posen, lagen zerstreut zwischen den Steinbaracken. In vielen Räumen war der Gestank des Todes so unerträglich, dass wir nicht hineingehen konnten. Männer, die vor fünf Stunden oder fünf Tagen gestorben waren, hingen von ihren Betten herunter. Ihre ausgestreckten Arme waren steif, ihre Gesichter durch die Qualen der Agonie entstellt und ihre spindeldürren Körper vom langsamen Hungertod gezeichnet. Zwischen ihnen lagen noch lebende Skelette, die kurze Zeit darauf verstarben.«<sup>17</sup> Wie viele Personen auf dem Lagergelände und Tage später in den Lazaretten der Stadt starben lässt sich nicht genau ermitteln. Die meisten Leichen wurden auf dem Gelände des ehemaligen Lagers beerdigt und zweimal – 1955 und 1963 – umgebettet. Bei der letzten Umbettung sollten es 56 Gebeine gewesen sein. Mit diesen letzten namenlosen Toten kann die Gesamtzahl der Toten des Lagers auf mehr als 500 geschätzt werden.

### **Erinnerung an das Lager nach 1945**

Mit der Beisetzung der letzten Opfer begann die Geschichte der Erinnerung an das Lager. Die neue Stadtverwaltung von Barth ließ am Begräbnisort ein schlichtes Kreuz mit der Inschrift »Hier ruhen unbekannte Opfer des Faschismus« aufstellen. Das KZ-Außenlager fand in dieser Inschrift keine Erwähnung und so kam indirekt der Wunsch vieler Barther zum Ausdruck, das Lager schnell zu vergessen. Nicht nur, weil der Anblick von Leichen auf dem Gelände des Lagers den einen oder anderen Einwohner





Das 1966 eingeweihte Mahnmal für die Opfer des KZ-Außenlagers Barth. Foto: Thomas Helms, Schwerin

traumatisiert hat. Die Barther sahen zu, wie 1945 der Pferdewagen mit Leichen aus dem Lager durch die Hauptstraße zum Galgenberg fuhr. Sie wussten, wo die Leichen verscharrt werden, sie bewachten die Arbeitseinsätze der Häftlinge in der Stadt, sie belieferten das Lager mit Lebensmitteln und profitierten von neuen Kunden in ihren Geschäften. Unter diese unangenehmen Erinnerungen sollte ein Schlussstrich gezogen werden.

Andererseits gab es Bemühungen der mecklenburgischen Landesforschungsstelle der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die Überreste des Lagers als Mahnung für nachfolgende Generationen zu erhalten und die Erinnerung an die Opfer des Lagers in Form eines Denkmals zu bewahren. Doch diese Bemühungen waren letztendlich die Bemühungen einer Einzelperson – der Leiterin der Landesforschungsstelle Fanny Mütze-Specht. Nachdem sie 1950 diesen Posten verlor und aus der SED ausgeschlossen wurde, fragte niemand mehr danach, ob in Barth die Erinnerung an das Lager aufrechterhalten werden sollte. Der Tischlermeister Wilhelm Durow, der am 9. Mai 1945 bei der Veranstaltung auf dem Barther Marktplatz anlässlich des Kriegsendes als einziger zu der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers und zur Bestrafung der Verantwortlichen aufrief, wurde denunziert und verstarb 1947 im sowjetischen Speziallager Jamlitz.

Otto Köhler, von 1946 bis 1950 in den sowjetischen Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen wegen seiner hohen Stellung bei Heinkel interniert und 1950 durch ein DDR-Gericht pauschal verurteilt, konnte später in der DDR eine neue Karriere starten. Seiner Entlassung aus der Haft 1953 folgten erste Kontakte zum MfS. Zwei Jahre später wurde er als Geheiminformant »Kröger« »zur Aufklärung von Personen aus der westdeutschen Flugzeugindustrie« angeworben. Mit Hilfe des MfS wurde er 1956 Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock und konnte sein 1946 beschlagnahmtes Haus in Warnemünde zurückkaufen. Seine Rolle bei der Errichtung und beim Betreiben des KZ-Außenlagers Barth wurde nie hinterfragt.

Das KZ-Außenlager Barth wurde in der DDR erst dann »wiederentdeckt«, als seine Geschichte für die ideologische Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik interessant wurde. Der Wunsch, die DDR als einen Staat darzustellen, in dem im Gegensatz

zur Bundesrepublik konsequent und hart gegen die NS-Verbrecher vorgegangen wird, lag vielen Aktivitäten zur Aufarbeitung der Geschichte des KZ-Außenlagers Barth zugrunde. 1960 leitete die DDR eine ideologische Offensive mit dem Ziel ein, die Regierung der Bundesrepublik wegen der Deckung von NS-Tätern zu diskreditieren. Ein wichtiger Bestandteil dieser Kampagne war der Schauprozess gegen Adenauers Staatssekretär Hans Globke, der sich während der NS-Zeit an der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen für die Nürnberger Rassengesetze beteiligte. Zu Beginn des Prozesses gegen Globke, der in seiner Abwesenheit am 8. Juli 1963 in Ost-Berlin eröffnet wurde, veröffentlichte die »Ostsee-Zeitung«, Organ der SED-Bezirksleitung Rostock, einen Artikel mit der reißerischen Überschrift »Globkes Blutspur im Ostseebezirk«. Darin wurde über die »Verbrennungsakten« des Krematoriums Rostock mit den Einträgen zu 200 Opfern des KZ-Außenlagers Barth berichtet. Am 11. Juli 1963 informierte der Rostocker Journalist Alfred Weber, ein ehemaliger Häftling im KZ Buchenwald, in der »Ostsee-Zeitung« über die Entdeckung einer Liste von über 500 Opfer des Lagers, »für deren grauenvollen Tod der Bonner Staatssekretär Globke als juristischer Wegbegleiter der Hitlerdiktatur die »juristischen« Grundlagen schuf«. Die gerade »gefundene« Liste war in Wirklichkeit ein allgemein zugängliches Friedhofregister, in dem neben den Häftlingen des KZ-Außenlagers Barth auch sowjetische und polnische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene sowie Juden aufgeführt wurden. Von insgesamt 497 Einträgen aus den Jahren 1940 bis 1947 handelte es sich nur bei 172 Personen um Häftlinge aus Barth. Die Zahl »500« eignete sich offenbar besser dazu, den »Massenmörder« Globke zu »überführen«. In dem oben genannten Artikel Alfred Webers in der »Ostsee-Zeitung« wurde auch von den Massengräbern am Galgenberg berichtet. Der bereits 1955 in der Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Barth erwähnte Fakt wurde dort zu einem gerade gelüfteten schaurigen Geheimnis stilisiert.

Die Öffnung der Massengräber am Galgenberg erfolgte im Oktober 1963, woraufhin die Staatsanwaltschaft Rostock ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt eröffnete. Gleichzeitig legte das MfS Rostock den operativen Vorgang »Galgenberg« an.

Zwischen 1963 und 1966 führte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR in Rostock Ermittlungen über die im KZ-Außenlager Barth verübten Verbrechen durch. Das atemberaubende Tempo, mit dem in diesem Zeitraum Materialien zur Geschichte des KZ-Außenlagers gesammelt wurden, hing mit diesen Ermittlungen zusammen. Alfred Weber wirkte aktiv daran mit und konsultierte die Mitarbeiter des MfS Rostock über die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager.<sup>18</sup> Schon bald nach Beginn der Ermittlungen erfolgten die Festnahmen ehemaliger SS-Angehöriger des KZ-Außenlagers Barth – des ehemaligen SS-Unterscharführers Arnold Zöllner sowie der ehemaligen SS-Aufseherinnen Frida Wötzel und Ilse Göritz.

Doch für die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit besaß der Fall des KZ-Außenlagers Barth schon sehr bald offensichtlich kein Entwicklungspotenzial mehr, denn ihr Hauptanliegen war es, einen Fall zu präsentieren, der ein Gegenstück zum Auschwitz-Prozess in der Bundesrepublik darstellen könnte. Deshalb lenkten die MfS-Ermittler ihre Aufmerksamkeit auf das Stammlager Ravensbrück, um nachzuweisen, dass dort bereits zu Beginn 1943 weibliche Häftlinge massenweise vergast wurden. Dies entsprach jedoch nicht der Realität, denn es war bereits 1959 bekannt, dass die Vergasungsanlage in Ravensbrück erst Anfang 1945 in Betrieb genommen wurde. Da die Beweislage zu dünn war, fand der Prozess im Sommer 1966 hinter verschlossenen

Türen statt. Drei ehemalige Aufseherinnen, zwei von ihnen ursprünglich wegen ihres Einsatzes im KZ-Außenlager Barth festgenommen, wurden darin zu lebenslanger Haft verurteilt – vor allem für die Verbrechen im Stammlager Ravensbrück, die sie nicht begangen haben konnten. Arnold Zöllner, der nicht als einer der Mörder von Barth überführt werden konnte, wurde letztendlich wegen Ermordung von Häftlingen im KZ Sachsenhausen separat angeklagt und ebenfalls zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.<sup>19</sup>

Für die Aufarbeitung und Erforschung der Geschichte des KZ-Außenlagers Barth hatte der Rostocker Prozess negative Folgen. Das Thema galt nun als aufgearbeitet und abgeschlossen, und jeder Versuch, neue Dokumente zu finden oder neue Zeugen zu ermitteln, hätte als das Infragestellen der Fachkompetenz der Sicherheitsorgane interpretiert werden können. Die Materialien des Prozesses blieben in der DDR unter Verschluss. Nur Alfred Weber durfte in seiner 1970 erschienen Broschüre »Stärker als der Tod« einige während der Ermittlungen getätigten Zeugenaussagen als »Berichte« zitieren. Ende der 1980er Jahre erlaubte das MfS Ines Birth, einer Geschichtsstudentin aus Rostock, die Unterlagen einzusehen und für ihre Diplomarbeit zu verwenden, da ihr Vater selbst an den MfS-Ermittlungen mitgewirkt hatte.<sup>20</sup>

1966, im gleichen Jahr, in dem der Rostocker Prozess stattfand, wurde in Barth das Mahnmal für die Opfer des KZ-Außenlagers Barth eingeweiht. Die bis dahin gefundenen menschlichen Überreste der Häftlinge fanden dort ihre letzte Ruhestätte. Die am Mahnmal angebrachte Inschrift lautete: »Hier ruhen 180 von den im KZ für die Profitinteressen des Heinkel-Konzernes zu Tode gequälten 2000 Antifaschisten aus 18 europäischen Nationen. 1943 bis 1945. Ihr Tod ist uns Verpflichtung«. Wir können heute nur ahnen, wie diese willkürliche Zahl der Toten – »2000« – zustande kam. Sie bezog sich offensichtlich auf die weithergezogenen Berechnungen Alfred Webers, die er 1966 in seinem Artikel »Die Hölle am Erlengrund« veröffentlichte. Er addierte einfach die Zahl der Verstorbenen, die als solche auf den Transportlisten ausgewiesen waren sowie die Zahl der Personen, deren Namen ohne jeglichen Vermerk durchgestrichen worden waren. Obwohl es keine Anhaltspunkte dafür gab, dass sie als Tote einzuordnen sind, suggerierte er, die (seinen Berechnungen nach 283) Überstellungen in andere KZ müssten als Todesfälle berücksichtigt werden, weil nur entkräftete Häftlinge in ihre Stammlager zurückgeschickt worden seien. Obwohl auch diese Annahme nicht zu belegen war, wurde sie als feststehende Tatsache präsentiert. Der Logik dieser Darstellung zufolge hätte das Männerlager 897 Tote verbuchen müssen.<sup>21</sup> In der 1966 verfassten »Urkunde der Mahn- und Gedenkstätte Barth« ist deshalb von 900 männlichen Opfern die Rede.<sup>22</sup> Zu vermuten ist, dass die Zahl »2000« durch die Verdoppelung von »900« und die Aufrundung des Ergebnisses 1800 entstanden war. Die Urheber des Textes hatten möglicherweise gedacht, dass es »gerecht« wäre, im Frauenlager genauso viele Tote wie im Männerlager zu vermuten. Der Wunsch, die Grausamkeit des Naziregimes durch möglichst hohe Zahlen zu belegen, war stärker als die Verpflichtung zur Wahrheit.

Das Mahnmal in Barth wurde ein fester Bestandteil des sozialistischen Alltags und seiner Rituale: Hier wurden Pioniere in die Reihen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) aufgenommen und FDJler erhielten ihre Kandidatenkarten der SED. An den Feiertagen und zu sonstigen Anlässen fanden am Mahnmal antifaschistische Massenveranstaltungen mit Kranzniederlegungen statt. Doch der Ausbau der Gedenkstätte zu einem Lernort blieb aus. Die Bemühungen Alfred Webers, in Barth eine Ausstellung über das

KZ-Außenlager Barth aufzubauen, hatten keinen Erfolg. Die Pläne zur Errichtung eines Ausstellungspavillons wurden aufgrund fehlender Geldmittel verworfen.<sup>23</sup> Die Alternativlösung, im Rathaus einen Ausstellungsraum einzurichten und auf dem Gelände der Gedenkstätte »massive Tafeln mit einigen wenigen Angaben zum Lager« aufzustellen,<sup>24</sup> wurde auch nicht umgesetzt. Alfred Weber widmete sich Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre der Aufarbeitung der Geschichte des KZ-Außenlagers in Peenemünde und befasste sich nicht mehr mit der Geschichte des Lagers in Barth. Als er 1985 starb, gab es nur den Rostocker Professor Karl Heinz Jahnke, der zum Widerstand im Nationalsozialismus forschte und sich in diesem Zusammenhang für entsprechende Aspekte der Lagergeschichte interessierte. Das Gelände des ehemaligen Lagers geriet in Vergessenheit, so dass die meisten Einwohner von Barth in den 1980er Jahren nicht mehr wussten, wo sich einst das Lager befunden hatte.

Im Januar 1991, wenige Monate nach der deutschen Wiedervereinigung, trat Helga Radau, von Beruf Pädagogin, die Stelle der Stadtarchivarin in Barth an. Beim Durchsehen der Unterlagen zum KZ-Außenlager Barth, die Alfred Weber seinerzeit zusammengetragen hatte, fiel ihr auf, dass in den Transportlisten des Männerlagers viele jüdische Häftlinge verzeichnet sind, von denen zu DDR-Zeiten nie die Rede war. Sie begann darüber zu recherchieren und konnte schon bald Kontakte zu zwei ehemaligen jüdischen Häftlingen – Ernst Fleischer und Gyula Trebitsch – vorweisen. Sie baute Beziehungen zu ehemaligen Häftlingen aus Frankreich, den Niederlanden und dem ehemaligen Jugoslawien auf und stellte einige Kontakte wieder her, die Ende der 1960er Jahre bestanden hatten. So wurde es möglich, zahlreiche Erinnerungsberichte ehemaliger Häftlinge zusammenzutragen. Helga Radau gelang es, das Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers zu lokalisieren. 1995 organisierte sie mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Konferenz zum Thema »KZ Barth« und im gleichen Jahr erschien ihr Buch über das Lager »Nichts ist vergessen und niemand«, das sich dem Thema publizistisch näherte. Um weitere Recherchen bürgerschaftlich abzusichern und die Erarbeitung einer ständigen Ausstellung zu ermöglichen, wurde im November 1998 der Förderverein »Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V.« gegründet. Der Vorschlag zu seiner Gründung ging von dem Verein »Politische Memoriale e.V.« in Schwerin aus, der die Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern betreut. Die erste Vorsitzende des Vereins wurde Helga Radau. 1999 begann der Förderverein zusammen mit der Rostocker Jugendinitiative »Norddeutsche Jugend im internationalen Gemeinschaftsdienst e.V.« internationale Workcamps für Jugendliche zu organisieren, deren Teilnehmer das Gelände des ehemaligen Lagers wieder begehbar machten. Zwischen 2000 und 2003 wurde dort ein vom Förderverein erarbeiteter Gedenk- und Lernpfad mit Informationsstelen errichtet. Am 1. Mai 2005 eröffnete der Förderverein in seinen Räumlichkeiten am Bleicherwall 1b in Barth die Dauerausstellung »12 von 750 Jahren. Barth im Nationalsozialismus 1933 bis 1945«. Ein von Helga Radau, Elke Engelmann und Gabriele Bödecker erarbeiteter Abschnitt dieser Ausstellung ist der Geschichte des KZ-Außenlagers Barth gewidmet.

Der Förderverein hat sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Stütze für die regionale Erinnerungs- und Bildungsarbeit entwickelt. Er bietet auf Anfragen Führungen für Interessenten, Projektstage für Schüler und Weiterbildungsveranstaltungen für Lehrer an, entwickelt Publikations- und Ausstellungsprojekte und betreut Besucher der Dokumentationsstätte aus Deutschland und dem Ausland.

In den 1990er Jahren haben sich in Barth Menschen zusammengeschlossen, für die die historische Aufklärungsarbeit und die Erinnerung an das KZ-Außenlager zu einer Herzensangelegenheit wurden. Für die öffentliche Aufarbeitung der Geschichte des Lagers war das eine glückliche Fügung. Es bleibt zu hoffen, dass das Erreichte wegen des altersbedingten Ausfalls einzelner Enthusiasten nicht verloren geht und das Fortbestehen der historischen Bildungsarbeit in Barth nicht dem Zufall überlassen wird. Die Stadt soll sich um eine Lösung bemühen, eine langfristige Grundlage für das Fortbestehen der Dokumentations- und Begegnungsstätte zu schaffen.

Dr. Natalja Jeske arbeitet als freie Historikerin und Übersetzerin. Nach ihrem Studium der Geschichte an der Universität Tomsk (Russland) hat sie an Forschungs- und Ausstellungsprojekten zur Geschichte der sowjetischen Speziallager in Deutschland sowie zur Geschichte der NS-Konzentrationslager und Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht an den Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Bergen-Belsen mitgewirkt. Zu Barth hat sie 2010 publiziert: »Das KZ-Außenlager Barth. Geschichte und Erinnerung.«

- 1 Ausführlich dazu in: Natalja Jeske, Das KZ-Außenlager Barth. Geschichte und Erinnerung, Kückenshagen 2010.
- 2 Vgl. hierzu den Bericht der Heeresanstalt Peenemünde über die Besichtigung des Häftlings-Einsatzes bei den Heinkel-Werken in Oranienburg am 12. April 1943, in: BA MA, RH 8/v.1210.
- 3 Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Zürich 2002 (TB), S. 179; Gespräch mit Wilhelm Rentmeister am 02.12.1983, S. 1–3, in: Archiv Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, P 3 Rentmeister, Wilhelm.
- 4 Lutz Budraß, Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918–1945, Düsseldorf 1998, S. 780.
- 5 Vgl. Auszug aus der eidesstaatlichen Erklärung des SS-Lagerkommandanten von Ravensbrück, Fritz Suhren, in: BStU, Ast Rostock AIM 1469/67, Teil I, Bl. 47.
- 6 Die Kopien der Transportlisten befinden sich im Stadtarchiv Barth, AZ 472411.
- 7 Feuerregister (1934–1947), Friedhofsverwaltung Neuer Friedhof, Rostock.
- 8 Da die Namen mündlich überliefert sind, lässt sich ihre richtige Schreibweise nicht eindeutig feststellen.
- 9 Vernehmungsprotokoll Willi Rentmeister vom 22. 11. 1963, in: BStU, HA IX/11, ZUV 4, Akte 8, Bl. 114–115.
- 10 Aussage Czeslaw S. vom 30. 6. 1972, in: BArch B 162/9346, Bl. 1432.
- 11 Aussage Milorad L. vom 27. 1. 1969, in: BArch B 162/9341, Bl. 356.
- 12 Aussage Stevan M. vom 11. 11. 1969, in: BArch B 162/9343, Bl. 699.
- 13 Erinnerungsbericht Robert Rentmeister, o.D., S. 5, in: StA Barth, Rep. 5 II/15 N401, Dok. 34.
- 14 Galina Buschujewa-Sabrodskaja an Helga Radau am 6. 2. 1994, S. 10, in: Archiv des Fördervereins Dokumentations- und Begegnungsstätte Barth e.V., Ordner 7; Ljudmila Muratowa, Ne slomlennyje, Rostow am Don, 2008, S. 173.
- 15 Volker Koos, Ernst Heinkel, Vom Doppeldecker zum Strahltriebwerk, Bielefeld 2007, S. 180.
- 16 Vernehmungsprotokoll Otto Köhler vom 30. 4. 1964, in: BStU, Ast Rostock AIM 1469/67, Teil I, Bl. 97.
- 17 Lowell Bennett, Parachute to Berlin, New York 1945, S. 236–237.
- 18 Mündliche Auskunft von N.N., damals an den Ermittlungen beteiligt.
- 19 Vgl. dazu Insa Eschenbach, NS-Prozesse in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Einige Überlegungen zu den Strafverfahrensakten ehemaliger SS-Aufseherinnen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, in: Die frühen Nachkriegsprozesse. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 3, Bremen 1997, S. 65–74; Angelika Meyer, »Ich wollte eine Uniform tragen.« Der »Rostocker Prozess« in den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück, Berlin 2007, S. 198–210.
- 20 Information von Oberstleutnant Plöber vom 10. 9. 1987, in: BStU, HA IX/11, RHE 58/87, T. I, Bl. 9.
- 21 Ostsee-Zeitung vom 27. 1. 1966, S. 3–4.
- 22 Urkunde der Mahn- und Gedenkstätte Barth, in: LA Greifswald, BPA V/6/17/16, Bl. 67.
- 23 Maßnahmeplan der Arbeitsgruppe »Gedenkstätten und Museen« der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Bezirksleitung Rostock der SED (Entwurf), o.D., in: LA Greifswald, BPA V/6/17/23, Bl. 178.
- 24 Ebenda.

# »Wie kann man die Erinnerung an die Deportation weitergeben?«

DAS BEISPIEL DER GRUPPE DER ZWEITEN GENERATION IN LANGENSTEIN-ZWIEBERGE<sup>1</sup>

Henning Fauser



Zwei der ersten 75 Gedenkplatten.  
Foto: Henning Fauser

»Wie erzähle ich meinen Kindern von den Dingen, die in Langenstein-Zwieberge<sup>2</sup> geschehen sind?« Mit dieser Frage beginnt die Geschichte der Gruppe der Zweiten Generation. Es war der Sohn eines ehemaligen Häftlings dieses Lagers, der sie während einer Zusammenkunft in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge gestellt hatte. Beim ersten Treffen einer kleinen Gruppe von Menschen aus ganz Europa, das auf Einladung der Leiterin der Gedenkstätte im September 1998 stattfindet, dient die Frage als Leitidee.

Wie der Name der Gruppe vermuten lässt, handelt es sich bei ihren Mitgliedern vor allem um Kinder ehemaliger Häftlinge dieses Lagers. Dazu kommen mehrere Deutsche der gleichen Generation, die in der Umgebung beheimatet sind, einschließ-

lich der Leiterin der Gedenkstätte und ihrer Stellvertreterin. Alle Beteiligten hatten sich während der Tage der Begegnung<sup>3</sup> kennengelernt und wollten gemeinsam Antworten auf die oben genannte Frage suchen, finden und umsetzen. Im Laufe der Jahre erweitert sich die Gruppe schließlich um Enkel, Nichten und Neffen ehemaliger Häftlinge sowie um junge Deutsche aus der Region.<sup>4</sup>

Während ihres ersten Treffens – in den folgenden Jahren wird sich der Name Seminar der Gruppe der Zweiten Generation einbürgern – unternehmen die Teilnehmer Überlegungen zu den Zielen der Gruppe. Da sich die ehemaligen Häftlinge des Lagers ihrem achtzigsten Geburtstag nähern, stellt sich vor allem eine dringende Frage: Wie soll das, was diese Männer während ihrer Gefangenschaft in deutschen Konzentrationslagern erlitten haben, vermittelt werden, wenn sie als Zeitzeugen nicht mehr darüber berichten können? Welche Möglichkeiten hat die zweite Generation und welche Chancen liegen darin für sie? Nach langer Diskussion stellt sich diese internationale Gruppe zwei wesentliche Aufgaben: zum einen das Festhalten und Bewahren der Erinnerungen der letzten Überlebenden, zum anderen die Entwicklung und Gestaltung neuer Vermittlungsformen von Geschichte und Erinnerung.

Zur Verwirklichung der ersten Aufgabe führen die Mitglieder der Gruppe Interviews mit ehemaligen Häftlingen des KZ Langenstein-Zwieberge durch. Die Zeitzeugenberichte von 19 Deportierten aus fünf Ländern werden per Kamera aufgenommen, anschließend transkribiert und ins Deutsche übersetzt, um sie für die Dauerausstellung der Gedenkstätte nutzbar zu machen. Zur Erfüllung der zweiten Aufgabe wird die Durchführung von symbolischen Aktionen beschlossen. Diese verbinden die Vermittlung der Geschichte des KZ Langenstein-Zwieberge mit dem Erinnern an die dort begangenen Verbrechen, sollen sich jedoch von den traditionellen Formen des Gedenkens – Reden, Kranzniederlungen mit musikalischer Umrahmung usw. – abheben. Diese



während der jährlichen Seminare der Gruppe der Zweiten Generation erdachten Aktionen werden im Rahmen der von der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge organisierten »Tage der Begegnung« umgesetzt. Sie finden am historischen Ort statt und verweisen mit unkonventionellen Mitteln auf verschiedene Aspekte der Geschichte dieses Konzentrationslagers. Die Vermittlung historischer Fakten verbindet sich mit Erinnerungsprojekten, die als temporäre Aktionen am historischen Ort das Bild der Gedenkstätte immer wieder verändern und auch auf diese Weise Interesse für die Geschichte des Konzentrationslagers wecken.<sup>5</sup> Von den zehn Aktionen der Gruppe der Zweiten Generation, die seit 2002 stattfanden, werden im Folgenden vier im Detail beschreiben.<sup>6</sup>

3 000 Tafeln –  
3 000 Schicksale.  
Foto: Henning Fauser

### **2003: »Dies ist ein Mensch«**

In den Zeugenberichten der Überlebenden nehmen die täglichen Appelle eine zentrale Rolle ein. Häufig werden die langen Stunden des Wartens bei jeder Witterung erwähnt, wobei die Zählung der Inhaftierten sich in die Länge zog, wenn es Unterschiede zwischen der auf dem Papier errechneten und ihrer tatsächlichen Anzahl gab. Die der Aktion 2003 zugrundeliegende Idee war es, zu zeigen, dass diese in Lumpen gehüllten und von Hunger, Kälte und Ungeziefer geplagten Gestalten keine von den Nazis zugewiesenen Nummern, sondern Menschen waren.

Die Gruppe beschloss, 5160 Holzstäbe auf der Fläche des ehemaligen Appellplatzes aufzustellen. Diese Zahl war nicht rein zufällig gewählt, sondern symbolisierte die Höchstzahl der gleichzeitig in diesem Lager inhaftierten Gefangenen, die am 18. Februar 1945 erreicht wurde.<sup>7</sup> An jedem Holzstab wurde ein weißes Band mit der Aufschrift »Dies ist ein Mensch.« befestigt. Es handelte sich dabei um die Antwort auf die von Primo Levi gestellte Frage: »Ist das ein Mensch?«. Sie wurde in 33 Muttersprachen der Häftlinge dieses Lagers übersetzt und auf wasserfeste Stoffbänder geschrieben.

Seit Beginn des Jahres 2003 stellten Einzelbesucher und Gruppen die Holzstäbe auf dem ehemaligen Appellplatz auf und beschrieben die weißen Bänder in den verschiedenen Sprachen. Während der Eröffnung der Aktion im April 2003 trugen die Mitglieder der Gruppe der Zweiten Generation Primo Levis Gedicht »Ist dies ein Mensch?« in ihrer jeweiligen Muttersprache vor. Durch die Anzahl der Stäbe und die Vielfalt der Sprachen entstand bei den Besuchern der Gedenkstätte eine Vorstellung von der dort inhaftierten Menge von Menschen, deren unterschiedlicher Herkunft und Kultur. Daher war es nicht verwunderlich, dass dem Projekt ein großes Echo seitens der lokalen Bevölkerung zuteil wurde. Es ist wahrscheinlich, dass die von dieser symbolischen Aktion angesprochenen Besucher zu ähnlichen Überlegungen gelangten, wie sie der Sohn eines ehemaligen italienischen Häftlings bei der Gedenkveranstaltung zur Einweihung der Aktion geäußert hatte: »Sie waren weder Nummern noch ›Stücke‹, zu denen die Nazis sie herabsetzen wollten. Dies waren Menschen!«

### **2005: Der Todesmarsch**

Es sei daran erinnert, dass im Februar 1945 fast 6 000 Männer im »großen« und im »kleinen Lager« von Langenstein-Zwieberge gefangen gehalten werden. Während der folgenden Wochen steigt die Zahl der Toten beständig. Es sind Dutzende pro Tag. Am 9. April 1945 – während des letzten Appells – beläuft sich die Zahl der Häftlinge auf ca. 4 900. Beim Herannahen der amerikanischen Armee werden 3 000 Männer von der SS auf einen »Evakuierungsmarsch« in Richtung Osten getrieben. Dieser wird für mehr als 80 Prozent der Häftlinge zum »Todesmarsch«.

Während des Seminars der Gruppe der Zweiten Generation im September 2004 wird daher der Entschluss gefasst, das nächste Projekt dem Andenken der Männer zu widmen, die Opfer des »Todesmarschs« wurden. Diese Tragödie während der letzten Tage des Dritten Reiches forderte unter den Häftlingen mehr Tote als ein Jahr Zwangsarbeit im Stollen und Elend im Lager. Zudem ist ein Großteil dieser Opfer nicht einmal namentlich bekannt, da sie oftmals eilig am Rande einer Landstraße verscharrt und später mit den Opfern anderer »Räumungstransporte« in Massengräbern beerdigt wurden oder aber nach einer erfolgreichen Flucht noch an Hunger und Erschöpfung starben. Einige Angehörige suchen bis heute nach deren Spuren und dem Ort der letzten Ruhe.

Für die Umsetzung ihres Plans entwickelt die Gruppe der Zweiten Generation eine Idee, die an die symbolische Aktion des Jahres 2003 anknüpft. Auf den ersten 500 Metern dieser Marschstrecke von 320 km werden 3 000 Holzstäbe mit weißen Tafeln aufgestellt. Da nur wenige Namen von Todesopfern bekannt sind, können nur auf einigen Tafeln der Name, das Geburtsdatum sowie Ort und Todestag eines Opfers vermerkt werden. Andere Schilder tragen die schon von der vorletzten Aktion bekannte Aufschrift »Dies ist ein Mensch«. Auf wiederum anderen Tafeln sind Auszüge aus Berichten von Überlebenden sowie von Einwohnern der Städte und Dörfer, die von den Kolonnen des »Todesmarsches« durchquert wurden, zu lesen. Eine große Tafel im Seminarraum der Gedenkstätte ergänzt diese Aussagen mit Informationen über den Weg der Marschkolonnen und die Begräbnisorte der Opfer. Während des Jahres 2005 wird diese Informationstafel durch Biografien von Häftlingen ergänzt, die während der »Evakuierung« starben, wie auch durch Berichte von Besuchern der Gedenkstätte, die im April 1945 Zeugen des »Todesmarsches« waren.





Die Aktion 2005 beginnt am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Zu diesem Zeitpunkt stehen erst 25 Holzstäbe mit Namenstafeln von Todesopfern, geschmückt mit roten Rosen. Vor dieser Gedenkfeier erinnern Unterstützer und Förderer der Gedenkstätte mit Auszügen aus Zeugenberichten der Überlebenden des »Todesmarsches« an die Evakuierung des Lagers. Im Laufe der nächsten Wochen werden vor allem Schüler die restlichen 2975 Schilder aufstellen.

Am 9. April 2005, dem 60. Jahrestag des erzwungenen Abmarsches der Häftlinge, ist die Aufstellung beendet. Die Teilnehmer der »Tage der Begegnung« folgen danach der Strecke des Marsches und gedenken an verschiedenen Orten der Opfer. In der Lutherstadt Wittenberg, von einer Häftlingskolonne am 21. April 1945 durchquert, erinnert ein Überlebender daran, dass Dutzende Häftlinge im Zentrum dieser Stadt von ihren Bewachern blindwütig ermordet wurden – ein Ereignis, das bisher keinen Platz im kollektiven Gedächtnis dieser Stadt gefunden hat.

Die Informationstafel mit den Angaben über den »Todesmarsch« hat ihren Platz in der Dauerausstellung der Gedenkstätte gefunden. Sie wird bis zum heutigen Tage mit Informationen, die aus unterschiedlichen Archiven stammen oder von Angehörigen ehemaliger Häftlinge übermittelt werden, ergänzt.

### **2007: Die Aktion »Gedenksteine«**

Am 10. Januar 1945 verlässt eine kleine Gruppe von Häftlingen unter SS-Bewachung das Lager. Auf einer Anhöhe in der Nähe des Lagers müssen sie eine breite Grube ausheben. In diese, und fünf weitere, werden die Leichen der meisten Lagerinsassen geworfen, die in den letzten Wochen des Bestehens des KZ und nach der Befreiung sterben. Bis zu diesem Zeitpunkt ließ man die Leiber aller Toten im städtischen Krematorium der nur wenige Kilometer entfernt gelegenen Stadt Quedlinburg verbrennen.

Gedenksteine mit Namen und Lebensdaten der Opfer.  
Foto: Henning Fauser

Durch den rapiden Anstieg der Zahl der Todesopfer reicht dessen Kapazität jedoch nicht mehr aus. So werden schließlich mindestens 772 Tote in den Massengräbern verscharrt.

Im September 1949, wenige Wochen vor Gründung der DDR, wird an diesem Ort ein erstes Denkmal eingeweiht. Der Franzose André Leroy, Überlebender des KZ Buchenwald und später Generalsekretär der Fédération Internationale des Résistants (FIR), ist einer der Redner während der Gedenkfeier.

19 Jahre später ersetzt man das Denkmal durch ein Mahnmal. Aufgrund seiner großen Fläche wird ihm außer der Funktion eines Gedenkortes die eines Versammlungsplatzes für antifaschistische Kundgebungen zukommen. In den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung beginnt die Diskussion über die Zukunft des Mahnmals. Neben seiner monumentalen Erscheinungsform wird kritisiert, dass die Massengräber nicht als der Mittelpunkt des Mahnmals erkennbar und die mittlerweile recherchierten Namen der an diesem Ort ruhenden Opfer nirgends sichtbar sind. Die Namen und Lebensdaten der Toten an ihrer Grabstätte lesen zu können, ist jedoch für jene Menschen von enormer Bedeutung, die dort ein Familienmitglied oder einen Freund verloren haben und unterstützt zudem die Bildungsarbeit der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge. Der Wille zur Umgestaltung des Mahnmals reift am Ende der 1990er Jahre, die endgültige Entscheidung lässt jedoch auf sich warten.

In der Absicht, die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge zu unterstützen, entscheidet sich die Gruppe der Zweiten Generation dafür, die Öffentlichkeit auf diesen Zustand aufmerksam zu machen. Während der Tage der Begegnung 2007 beginnen ihre Mitglieder eine neue Aktion, diesmal unter Mithilfe von Jugendlichen aus der Region. Diese neue Aktion hat zum Ziel, die Namen von 772 in den Massengräbern ruhenden Opfern erstmals für die Öffentlichkeit lesbar zu machen.

Während des gesamten Jahres nehmen 68 Gruppen und zahlreiche Einzelbesucher an dieser Aktion teil, indem sie Namen und Lebensdaten der Opfer auf Sandsteine schreiben. Diese Steine stammen aus dem unterirdischen Stollensystem, das die Häftlinge des Lagers in den Jahren 1944 und 1945 in die Thekenberge treiben mussten. Nachdem sie ihre »Gedenksteine« an den Massengräbern niedergelegt haben, nutzen viele Teilnehmer die Gelegenheit, ihre Gedanken und Gefühle in einem dafür vorgesehenen Buch festzuhalten.

Im April 2011, vier Jahre nach Beginn der Aktion, wird schließlich das umgestaltete Mahnmal eingeweiht. Basierend auf dem Gestaltungsentwurf von Johann-Peter Hinz, den sein Sohn Jakob nach dessen Tod weiterführte, erinnert jeweils ein Grabhügel mit Steinen aus den Stollen unter den Thekenbergen an die sechs sich an diesem Ort befindlichen Massengräber. Um diesen Begräbnisort herum wurden die ersten 75 von 772 Gedenkplatten mit Name, Geburts- und Todesdatum der dort verscharrten Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge angebracht.

Außer den Angehörigen und Kameraden der dort ruhenden Toten sind es Bewohner der Region, die für die Finanzierung dieser Gedenkplatten gespendet haben. Einige von ihnen wendeten sich an die Archive des Roten Kreuzes, um mehr über den Menschen zu erfahren, dessen Namen und Schicksal sie dem Vergessen entreißen wollen. Um schließlich die Namen sämtlicher dort ruhender Opfer an ihrem Begräbnisort zu nennen, werben die Gedenkstätte und ihr Förderverein weiterhin um Spenden für die Gedenkplatten.<sup>8</sup>



Das 1976 errichtete Mahnmal.  
Foto: Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge



Gedenksteine mit Namen und Lebensdaten der Opfer.  
Foto: Henning Fauser



Links: Schüler beim Beschreiben der Gedenksteine.  
Foto: Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge  
Rechts: Die ersten fertigen Gedenkplatten.  
Foto: Henning Fauser

## **2010: Der Weg der Häftlinge**

Anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge im April 2010 entscheidet sich die Gruppe der Zweiten Generation dafür, die Aufmerksamkeit erstmals auf bedeutende Orte außerhalb des Lagers zu lenken: den Bahnhof von Langenstein, das alte Spritzenhaus der Feuerwehr und die »Feldscheune«. Der Bahnhof war der Ankunftsort der Häftlinge, bevor sie das Dorf in Richtung des Lagers durchquerten. Am 18. April 2011 findet auf diesem Weg ein Gedenkmarsch mit mehreren Stationen statt, an denen eine Pause eingelegt wird, um Erinnerungsberichte vorzutragen, die von diesen Orte erzählen.

Nach dem Bahnhof ist dies das alte Spritzenhaus der Feuerwehr, in dem geflohene Häftlinge nach ihrer Wiederergreifung eingesperrt wurden. Die dritte Lesung findet vor der ehemaligen »Feldscheune« statt, in welcher die Häftlinge vor dem Bau des Lagers untergebracht waren. Den nächsten Halt legen die ungefähr 250 Teilnehmer des Marsches vor dem Gedenkstättegebäude ein. An dieser Stelle bogen am 9. April 1945 die Kolonnen des »Todesmarsches« aus dem Lager kommend in Richtung Quedlinburg ab. Den Abschluss der Aktion bildet eine Lesung am Mahnmal der Gedenkstätte.

Wie in den vorhergehenden Jahren setzt auch diese Erinnerungsaktion auf die Beteiligung der lokalen Bevölkerung. So begleiten viele Langensteiner wie auch Bewohner anderer Orte der Region die ehemaligen Häftlinge und ihre Angehörigen auf dem Marsch vom Bahnhof zum Mahnmal der Gedenkstätte. Innerhalb des Dorfes ist dieser Weg gesäumt von Plakaten mit einem Vergissmeinnicht, dem Symbol der Gruppe der Zweiten Generation.

## **Fazit**

Es steht außer Zweifel, dass all jene, die die Geschichte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge kennen – und erst recht jene, die sie durchlebt haben – diesen Ort mit anderen Augen sehen als jemand, der zum ersten Mal dorthin kommt. Wahrscheinlich bemerkt dieser Besucher zunächst die schöne Landschaft, deren Kontrast zum Grauen des Lagers von den Überlebenden mit Ergriffenheit beschrieben wurde. Es sind jedoch so gut wie keine Überreste des Lagers vorhanden. Nur die von den Häftlingen gegrabenen Stollen, von denen ein Teil seit dem Jahre 2005 für die Besucher zugänglich ist, können eine Vorstellung von den Schrecken geben, die die Häftlinge an diesem Ort erlitten.

Gewiss liefern die Dauerausstellung der Gedenkstätte und die Informationstafeln, die die Besucher auf den Spuren der Geschichte dieses Lagers leiten, viele Informationen. Neben der historischen Aufklärung hat sich jedoch die Kunst als Medium der Vermittlung erwiesen, das es ermöglicht, den Angehörigen nachfolgender Generationen zu verdeutlichen, was den Häftlingen an diesem Ort widerfuhr. Ehemalige Häftlinge des Lagers und deren Familienangehörige wie auch Mitarbeiter und Unterstützer der Gedenkstätte haben dabei ihre Empfindungen und Gedanken mittels Gedichten, Zeichnungen und in einem Theaterstück zum Ausdruck gebracht.

Die Mitglieder der Gruppe der Zweiten Generation, die zu eben diesen Menschen gehören, die mit der Geschichte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge vertraut sind, gehen jedoch einen Schritt weiter, indem sie das Künstlerische mit dem Symbolischen verbinden. Zudem beziehen ihre Aktionen die Besucher der Gedenkstätte, die zum Großteil aus der näheren Umgebung kommen, mit ein, wodurch Betei-

ligung und bürgerliches Engagement eine maßgebliche Rolle spielen. Indem sie auf die Wirkung der Neugier setzen, sollen ihre temporären Aktionen zum Nachdenken anregen. Daraus resultiert zum einen die individuelle Bewusstwerdung des Schicksals der Männer, die damals an diesem Ort litten, woraus wiederum ein Mitgefühl ihnen gegenüber erwächst. Zum anderen aktiviert es das bürgerliche und demokratische Engagement in der Welt von heute.

Im Oktober wird sich die Gruppe der Zweiten Generation in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge zu ihrem nächsten Seminar zusammenfinden. Man kann gespannt darauf sein, wie die Ideen und Projekte dieser Menschen unterschiedlichster Herkunft die Arbeit der Gedenkstätte auch in den kommenden Jahren bereichern werden.

**Henning Fauser<sup>9</sup>** ist Doktorand an der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne und an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er nimmt seit 1999 an den Tagen der Begegnung teil und forscht zur Geschichte des KZ Langenstein-Zwieberge.

- 1 Dieser Artikel ist im Dezember 2009 unter dem Titel «Comment transmettre la mémoire de la Déportation? L'exemple du Groupe Deuxième Génération à Langenstein-Zwieberge» in *Mémoire Vivante*, dem Magazin der Fondation pour la Mémoire de la Déportation (Paris), erschienen. Für die vorliegende deutsche Übersetzung wurde er überarbeitet und aktualisiert.
- 2 Langenstein-Zwieberge (Codennamen: »B 2« und »Malachit«) war ein Außenkommando des KZ Buchenwald. Vom April 1944 bis zum April 1945 waren hier insgesamt mehr als 7000 Männer aus mindestens 23 Ländern inhaftiert.
- 3 Die Tage der Begegnung werden seit 1991 jedes Jahr im April anlässlich der Befreiung des KZ Langenstein-Zwieberge ausgerichtet. Neben Gedenkveranstaltungen an den Gräbern der Todesopfer des Lagers werden dabei Gesprächsrunden von ehemaligen Häftlingen mit Schülern, Auszubildenden und Studenten der Region organisiert. An einem Nachmittag finden zudem Begegnungen von ehemaligen Häftlingen und ihren Familienangehörigen mit in Langenstein beheimateten Familien statt.
- 4 Neben Deutschland kommen die Mitglieder der Gruppe der Zweiten Generation aus Frankreich, Italien, Lettland, den Niederlanden, Polen, Russland, der Ukraine und Weißrussland.
- 5 Die Gedenkstätte befindet sich in einem jederzeit frei zugänglichen Gelände und grenzt an Wandergebiete.
- 6 Auf der Website der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge werden alle Aktionen der Jahre 2002 bis 2010 beschrieben und mit Bildern veranschaulicht:  
[www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=35741](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=35741)
- 7 Diese Zahl bezieht sich nur auf die Häftlinge des sogenannten »großen Lagers«. Das »kleine Lager« (»Junkerslager«), zu Beginn des Jahres 1945 innerhalb des »großen Lagers« errichtet, erreichte die höchste Anzahl von Gefangenen mit der Ankunft des letzten Großtransportes am 22. Februar 1945. Mit seinen 852 Gefangenen und den 5124 Häftlingen im »großen Lager« belief sich die an diesem Tag erreichte Höchstzahl somit auf 5976 Inhaftierte.
- 8 Die Anfertigung und Anbringung einer Platte kosten etwa 150 €. Wenn Sie dieses Projekt unterstützen wollen, spenden Sie bitte auf folgendes Konto: Spendenkonto des Fördervereins für die Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, Stichwort: »Gedenkplatte«, Kontonr. 301751668 – Bankleitzahl 810 520 00 – Harzsparkasse.
- 9 Henning Fauser nimmt seit 1999 an den Tagen der Begegnung teil und unterstützt deren Ablauf als Übersetzer. Neben seiner Dissertation in Doppelbetreuung durch Annette Wieviorka (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne) und Dorothee Röseberg (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), die den Deutschlandbildern ehemaliger französischer KZ-Häftlinge gewidmet ist, beschäftigt er sich mit der Geschichte der Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge und Halberstadt. Sein Dank gilt Birgit Apfelbaum, Arnaud Boulligny und Nicole Mullier für die Korrektur des Artikels in seiner französischen Version sowie Ellen Fauser für ihre Hinweise und Anregungen zur deutschen Übersetzung.

# Wulff Eberhard Brebeck (1946–2011)

Angela Genger



Wulff E. Brebeck, 2010

Als Wulff E. Brebeck 1981 die Leitung des Kreismuseums Wewelsburg im Kreis Paderborn übernahm, fand er sich inmitten einer lang andauernden Debatte über den Umgang mit der Geschichte der Burg und des Ortes wieder, die paradigmatisch für die Diskussionen der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zu sehen ist. Zwar hatte der zuständige Kreistag 1977 beschlossen, die bis dahin weitgehend verdrängte Geschichte der Wewelsburg 1933 bis 1945 erforschen zu lassen und die Ergebnisse der Forschung in einem Buch und einer dokumentarischen Ausstellung zugänglich zu machen. Gleichzeitig wurde ein Gedenkstein auf der vier Kilometer entfernten Kriegsgräberstätte Böddecken errichtet, auf dem auch Waffen-SS-Angehörige bestattet sind. Dagegen sperrte man sich heftig gegen die Errichtung eines Mahnmals in Wewelsburg, das an die Funktion der Burg als Kultstätte der SS und an das in unmittelbarer Nähe errichtete Konzentrationslager Niederhagen erinnern sollte.

1982, also innerhalb einer sehr kurzen Frist, wurde die von Wulff Brebeck konzipierte dokumentarische Ausstellung »Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS« im ehemaligen Wachgebäude der SS am Burgplatz eröffnet, basierend auf den gerade veröffentlichten Forschungsergebnissen des Paderborner Historikers Professor Dr. Karl Hüser. Die Ausstellung zog viel Aufmerksamkeit auf sich, und die Wewelsburg wurde zum Ort des Gedenkens und Erinnerns.

Dies forderte von Wulff Brebeck die Entwicklung einer fundierten Gedenk- und Erinnerungspraxis, an deren theoretischer und reflexiver Fassung er seit den 1980er Jahren wesentlich Anteil hatte, so im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen im Rahmen von bundesweiten und internationalen Gedenkstättenseminaren oder bei Fachtagungen.

Ergebnisse solcher Treffen spiegeln sich in von Wulff Brebeck mit herausgegebenen Publikationen zur Arbeit und der Rolle von Kunst in Gedenkstätten im internationalen Überblick<sup>1</sup>. Gleichzeitig unterstützte er die Kooperation der sich im Bundesland NRW seit 1980 etablierenden Gedenk- und Dokumentationszentren in unterschiedlicher Trägerschaft, unter anderem als Gründungsmitglied des Arbeitskreises der NS-Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen e.V.<sup>2</sup> im Jahr 1994. In einem Übersichtsartikel bilanzierte er die »Gedenkstätten für NS-Opfer im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland«<sup>3</sup> (den er nach der Wiedervereinigung um die kritische Betrachtung der Mahn- und Gedenkstätten der ehemaligen DDR erweiterte<sup>4</sup>) – Folien, mit Hilfe derer auch die Bedeutung der so kleinteiligen Gedenkstättenlandschaft des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen verständlich wird.

Zu Wulff Brebecks Aufgaben als Leiter des Kreismuseums gehörte auch die Konzipierung einer Dauerausstellung zur Geschichte des Hochstifts Paderborn, ein Projekt, dessen Ergebnisse 1996/2001 in 29 Ausstellungsräumen in der Wewelsburg ein spannendes Narrativ entfaltete. Die vom Historischen Museum des Hochstifts Paderborn herausgegebenen umfassenden Forschungsergebnisse sind in 24 seit 1998 von Wulff Brebeck redaktionell betreuten Heften nachzulesen. Ebenso verantwortete Wulff Brebeck eine bis 2009 zugängliche kleine Ausstellung zu »Deutsche in Ostmitteleuropa«.



Teilnehmende der Jahrestagung des IC MEMO aus acht Ländern im Kreis-museum Wewelsburg, Oktober 2010. Rechts: Wulff E. Brebeck. Alle Fotos: Kreis-museum Wewelsburg

Seine Funktion als Museumsleiter, dessen Einrichtung per Nutzung, nicht aber per definitionem zur Gedenkstätte wurde, fundierte seine Forderung, Gedenkstätten sollten sich als historische Museen verstehen. Für deren bewusste Musealisierung sah er mehrere Gründe: Tatsächlich seien die Orte von Gedenkstätten nur eingeschränkt als »authentisch« zu bezeichnen. Vielmehr »sind sie fast immer das Ergebnis einer bewussten partiellen Rückgängigmachung des historisch Überlieferten.«<sup>5</sup> Die Orte selbst – das haben Studien gezeigt – zeitigten »weder emanzipatorische noch kathartische Wirkungen«. Vielmehr seien es die ausgewählten Inhalte in den Dauerausstellungen und deren Vermittlung, die die Orte zu Gedenk- und Erinnerungsorten machten. Schon die historisch angemessene und exemplarische Repräsentation der Ereignisse, die die seit den 1990er Jahren erarbeiteten Ausstellungen in Gedenkstätten auszeichneten, verwiesen auf Gedenkstätten als historische Museen neuen Typs.

Dieser Ansatz veranlasste Wulff Brebeck auch, an der Gründung einer eigenen Abteilung International Committee of Memorial Museums for the Remembrance of Public Crimes, kurz: IC Memo genannt, im International Committee of Museums bei der UNESCO mitzuwirken, deren erster Präsident von 2001 bis 2007, danach Ehrenpräsident er bis zu seinem Tod am 10. Juni dieses Jahres war. In dieser Funktion und als Leiter des Kreismuseums Wewelsburg trat er am Ort der von ihm und seinem Team in zehnjähriger Arbeit vollständig neu konzipierten und um ein Vielfaches erweiterten Ausstellung »Wewelsburg 1933–1945 – Ideologie und Terror der SS« vom 6. bis 9. September 2010 auf der dort veranstalteten Tagung von IC Memo zu »Perpetrators: Challenges and Chances of Presentation in Memorial Museums« noch einmal öffentlich auf und präsentierte diesen sichtbaren Teil seines Lebenswerks. Die konzeptionellen Neuansätze der Dauerausstellung und der in ihr präsentierten multiperspektivischen

Geschichtserzählung (unter anderem in Form der musealen, kontextualisierten Präsentation originaler Objekte der SS und Realien aus dem Konzentrationslager, unterschiedlicher biografischer Zugänge zu Opfern und Tätern<sup>6</sup>) wurden auf nationaler und internationaler Ebene gewürdigt.<sup>7</sup>

Obwohl Wulff Brebeck für die Musealisierung plädierte, war seine Praxis in Wewelsburg auch von der Notwendigkeit der historisch-politischen Aufklärung geprägt. Dies hat zwei Gründe: Die Thematisierung der Wewelsburg als ideologisches Zentrum der SS machte die Burg zum Ziel neonazistischer Pilgerschaft und der Aggression, die sich in erster Linie gegen zu unterschiedlichen Zeiten entstandene mehr oder weniger offizielle Gedenktafeln richtete. Während diese Auseinandersetzungen wegen der intellektuellen und mentalen Unzugänglichkeit ihrer Protagonisten nicht wirklich lösbar sind, liest sich eine andere langandauernde Auseinandersetzung, nämlich die Erinnerung an das frühere Konzentrationslager Niederhagen in der Rückschau wie eine gelungene Lerngeschichte einer kleinen dörflichen Gemeinde. Nicht nur der Kreistag, sondern auch die Dorfgemeinschaft hatte sich lange gegen ein Mahnmal gestäubt. Erst als von jungen Leuten aus der Gemeinde am Tag der Befreiung des kleinsten selbstständigen Konzentrationslagers Niederhagen am 2. April 1998 ein provisorisches Mahnmal zur Erinnerung an die 1285 Toten der 3900 Häftlinge aus ganz Europa errichtet wurde, fand sich deren politische Spitze ab dem Jahr 2000 bereit, Gedenkfeier und Mahnmal zu institutionalisieren.

Wulff Brebeck ließ es sich nicht nehmen, zur Eröffnung der Ausstellung »NS-Zwangsarbeit in Oberhausen« am 15. November 2010 in die Gedenkhalle Oberhausen zu kommen, dessen Fachbeirat er zwei Jahre angehörte. Immer war ihm die Beratung und die kollegiale Kommunikation ein besonderes Anliegen gewesen.

Dieser kleine Ausschnitt eines von Engagement und Produktivität gekennzeichneten Arbeitslebens in einem schwierigen Tätigkeitsfeld spiegelt nur einige Facetten einer gebildeten, klugen, ausgeglichenen und ausgleichenden Persönlichkeit. Die Diskussionen mit ihm, seine Fragen und seine Positionen werden seinen Kollegen fehlen ebenso wie seinen Freunden sein herzliches Lachen und seine Anteilnahme. Wulff Brebecks Krankheit wurde eine Woche vor Vollendung seines 63. Lebensjahres am 12. September 2009 diagnostiziert. Er starb in der Nacht vom 10. Juni 2011.

- 1 Vgl. dazu die von Wulff E. Brebeck u.a. herausgegebene Nachbereitung des im November 1985 vom Gedenkstättenreferat der Aktion Sühnezeichen unter Leitung von Thomas Lutz in der Evangelischen Akademie Berlin durchgeführten internationalen Gedenkstattenseminars, das dieses Thema zentral behandelte: Wulff E. Brebeck, Angela Genger u.a. (Hg.): Zur Arbeit in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – ein internationaler Überblick, Berlin 1988; das Folgeseminar in der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz nahm das Thema wieder auf. Vgl. Thomas Lutz, Wulff E. Brebeck, Nicolas Hepp (Hg.), Über-Lebens-Mittel. Kunst aus Konzentrationslagern und in Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus, Marburg 1992.
- 2 Name seit 2010: Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW.
- 3 In: Den Opfern gewidmet – Auf Zukunft gerichtet. Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten NRW e.V. (Hg.), Düsseldorf 1993, S. 6–23.
- 4 Ebd., Düsseldorf, 4. überarb. u. erw. Aufl. 1998, S. 8–33.
- 5 Wulff E. Brebeck, Die bewusste Musealisierung der Gedenkstätten als Zukunftsaufgabe. Ein Blick zurück, in: GedenkstättenRundbrief 100/4/2001, S. 64ff.
- 6 Wulff E. Brebeck: Wewelsburg 1933–1945. Ansätze und Perspektiven zur Neukonzeption der Dauerausstellung, in: Erinnerungsarbeit kontra Verklärung der NS-Zeit. Vom Umgang mit Tatorten, Gedenkortorten und Kultorten, Wulff E. Brebeck und Barbara Stambolis (Hg.), München 2008, S. 119–141.
- 7 [www.nw-news.de/videos/?bcpid=22083985001&tbckey=AQ~.,AAAAAfH0UeE~,L-FI-zEGTww3ROXxs36QsQVY9Talxa5zP&tbcid=21900694001&tbcid=799113108001](http://www.nw-news.de/videos/?bcpid=22083985001&tbckey=AQ~.,AAAAAfH0UeE~,L-FI-zEGTww3ROXxs36QsQVY9Talxa5zP&tbcid=21900694001&tbcid=799113108001)